Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 33 | Danzig, Sonnabend den 19. August 1916 | 7. Jahrgang

Für den Frieden!

Parteigenossen!

Zwei unheilvolle Jahre liegen hinter uns. Noch immer jagt die schreckliche Kriegsfurie erbarmungslos mordend und sengend durch die Lande. Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, viele Hoffnungen und unermeßliche Kulturgüter zerstört worden.

Soll dieses Länder und Volkskraft verwüstende Ringen, das schwerste Unglück, das je die Kulturmenschheit heimgesucht hat, noch immer kein Ende nehmen?

Nur das Bewußtsein, einen Verteidigungskrieg zu führen, der Deutschland von den gegnerischen Mächten aufgezwungen wurde, löste bei unseren Brüdern im Waffenrock die heldenmütige Hingabe und zähe Tapferkeit aus, mit denen sie dem Ansturm der feindlichen Massenheere standhalten. Nur für die Sicherheit des Landes, für dessen politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Lebensmöglichkeit kämpft und leidet das deutsche Volk, **nicht aber zur Verwirklichung irgendwelcher Eroberungspläne.**

Als am 4. August 1914 die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie im Reichstage sich ihren Grundsätzen getreu **für die Verteidigung des Landes erklärte** und die dazu erforderlichen Mittel bewilligte, bekundete sie zugleich:

„Wir fordern, daß dem Krieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat diese Forderung immer wieder erhoben. **Der Reichskanzler hat mehrmals erklärt, daß er zu Friedensverhandlungen bereit sei.** Leider haben die gegnerischen Regierungen eine Erklärung, daß auch sie zu Verhandlungen bereit sind, bisher nicht abgegeben, weil sie, wie die blutigen Offensiven an allen Fronten beweisen, immer noch hoffen, Deutschland und seine Verbündeten militärisch niederringen zu können. Sie stützen sich dabei auf ihren unerschütterlichen Glauben an die größere Volkszahl und Hilfsquellen der Ententeländer.

Der Friedenswille, der bei den Völkern der gegnerischen Länder ebenso stark ist, wie in Deutschland, wird zweifellos geschwächt und zurückgedrängt, wenn gleich den chauvinistischen Eroberungspolitikern in den Ententeländern auch in Deutschland einflußreiche Kreise Kriegsziele aufstellen und Eroberungspläne propagieren, die die Völker jener Länder zum zähesten Widerstand aufstacheln müssen.

Es erscheint deshalb an der Zeit, daß das deutsche Volk frei und unbeschränkt zu diesen Eroberungsplänen Stellung nimmt, deren Verwirklichung den Keim zu neuen Kriegen legen würde und die nur zu sehr geeignet sind, den Krieg zu verlängern.

Die von der Sozialdemokratischen Partei seit langer Zeit geforderte Aufhebung des Belagerungszustandes ist nicht erfolgt, auch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele ist bisher nicht zugestanden worden. Trotzdem sind die Annexionswünsche gewisser Kreise immer wieder an die Oeffentlichkeit gekommen und zur Stimmungsmache im feindlichen Ausland benutzt worden.

Nachdem nunmehr am 1. August d. J. in zahlreichen deutschen Städten Versammlungen des „Nationalen Ausschusses zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens" stattgefunden haben, in denen von den meisten Rednern Kriegsziele, vielfach in annexionistischem Sinne erörtert worden sind, ist es eine unabweisbare Pflicht der Regierung, die Erörterung der Kriegsziele allgemein frei zu geben. Wir haben daher in einer Eingabe an den Reichskanzler die Freigabe der Kriegszielerörterungen erneut dringend gefordert.

Die Parteiorganisationen im Reiche fordern wir auf, demnächst öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen zu den Kriegs- und Friedenszielen Stellung genommen werden soll. Auch ersuchen wir, Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Friede verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht und unserem Land die territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.

Berlin, den 11. August 1916.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seerecht

Mephistopheles: Das freie Meer befreit den Geist.
Wer weiß da, was Besinnen heißt!
Da fördert nur ein rascher Griff,
Man fängt den Fisch, man fängt ein Schiff,
Und ist man erst der Herr zu drei,
Dann hakelt man das vierte bei:
Da geht es dann dem fünften schlecht;
Man hat Gewalt, so hat man Recht.
Man fragt ums Was? und nicht ums Wie?
Ich müßte keine Schiffahrt kennen:
Krieg, Handel und Piraterie,
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

Die Freiheit der Meere — das Wort ist zweideutig. Man kann darunter nicht nur die Herrenlosigkeit der Hochsee, sondern auch ihre Ordnungs- und Rechtlosigkeit verstehen, zwei Dinge, die auch häufig verwechselt werden. Und in älteren Zeiten galt das Meer auch als „Res nullis", als herrenloses Gut, nicht etwa wie nach heutiger Auffassung als „Res communis omnium", als allen gemeinsames Gut. Auf dem Meere galt eine Rechtsordnung überhaupt nicht. Der Seeraub war eine rechtliche Erwerbsart und eine hochvornehme, gar romantische dazu!

„Man hat Gewalt, so hat man Recht." Das ist die kurze Formel, auf die heute der Zustand auf der Hochsee allmählich zurückgeführt wird. Und da wir meist echte Landratten sind, verhalten wir uns beinahe gleichgültig zu dem Niederbruch eines mehr als zweitausendjährigen Rechtsbaues. Wir vergessen ganz, welch ungeheure Bedeutung das Meer in naher Zukunft für alle Völker gewinnen muß. Nicht nur als unerläßliche Zufuhrstraße für den wachsenden Austauschbedarf aller Völker, sondern auch als Ernährungsquelle. Das Meer bedeckt fünf Siebentel der Erdoberfläche und beherbergt weit mehr tierische Nährstoffe als das gesamte Festland. Die kommenden Geschlechter werden ihren Nährungsspielraum auf das Doppelte erweitern können, wenn sie die Hochsee nicht bloß befahren, sondern auch bewirtschaften lernen.

Das Meer ist, wie in der Vorzeit die Humusfläche, schon heute eine der wichtigsten Quellen des Reichtums der Völker geworden. Den Humusboden aber bindet eine feste Rechtsordnung. Wir wünschen sie anders. Aber unvorstellbar ist uns eine ertragsreiche und sichere Bewirtschaftung der Ackerkrume des Festlandes ohne alle Rechtsordnung. Ein solcher, an sich sinnloser Zustand herrscht heute noch beinahe auf dem Meere. Das Recht der Hochseeschiffahrt und das der Hochseefischerei ist noch ganz kümmerlich. Diese Kümmerlichkeit bewirkt heute nicht bloß eine skandalöse Verwüstung des Fischreichtums mancher Meere, sondern auch eine politische Unsicherheit der Schiffahrtsrechte, die als dauernde Kriegsursache gewertet werden muß: Die Dardanellenfrage für Rußland, die Nordseefrage für England und Deutschland, die Otrantofrage für Italien und Oesterreich-Ungarn usw.

Wie aber soll die Aufgabe bewältigt werden, die Hochsee unter eine bestimmte Rechtsordnung zu stellen? Wie schwer das ist, verrät schon die Bewältigung des Seeraubes! Grundsätzlich ist das Meer keiner besonderen Staatsgewalt unterworfen, jedes Schiff steht — gleichsam als treibendes Stück Heimatsboden — ausschließlich unter der Gewalt seines Heimatstaates. Wer soll also urteilen oder richten, wer vorbeugende Rechtspflege üben gegen ein Schiff, das auf Seeraub aus ist und ohne Flagge fährt? Eine gemeinsame Staatengewalt ist nicht organisiert. Und so hat man denn jedes Kriegsschiff eines jeden Staates berechtigt erklärt, das Raubschiff anzuhalten und zu beschlagnahmen. Alle Kriegsschiffe aller Staaten üben also nebeneinander zugleich die Polizeihoheit über das Meer aus. Das Seestraßenrecht und die Seesanitätspolizei beruhen gleichfalls nicht auf einer gemeinsamen Satzung, sondern auf Vereinbarungen von Staat zu Staat, die in Rechtskraft erwachsen durch die Kundmachung als Gesetz im einzelnen Staate. Nichts verbürgt, daß alle Staaten beitreten, und kein Mittel besteht, den Bruch der Vereinbarung zu verhüten oder zu ahnden, als der Krieg! Wenn ein Vergleich nach festländischen Verhältnissen erlaubt ist, so herrscht folgender Rechtszustand: Straßen und Wege stehen nicht unter öffentlicher Verwaltung. Die Ackerflur ist nicht vermessen und rechtlich zugeteilt, sondern Weg und Flur sind ohne besondere Regelung zu jedermanns Sache — etwas ganz anderes ist Gemeingut! — erklärt. Den Einzelnen ist es überlassen, durch Verträge darüber zu verfügen, wobei niemand gezwungen ist, Verträge zu schließen, noch auch geschlossene Verträge zu halten.

Es fließt aus diesem Rechtszustande von selbst die Folge, daß auf dem Meere bisher entscheidet, wer zuerst Macht gewonnen hat und wer tatsächlich der Stärkere ist. Der nackte Seeraub Privater ist freilich abgeschafft, aber die Seeherrschaft selbst ruht heute noch auf der nackten Gewalt der Seemächte. Darum hat auch das Kriegsrecht den Seekrieg weit weniger zu vermenschlichen vermocht als den Landkrieg. Zwar sind wir versucht zu bezweifeln, daß die Kriegführung zu Lande irgendwelche rechtliche Schranken verrate, und zu fragen, worin sich denn etwas gemildert oder gebessert habe. Grausamer wütet heute der Krieg im Menschenfleisch als je; dennoch aber besteht ein grundlegender Fortschritt. Der vordringende Staat richtet auf dem besetzten Boden seine öffentliche Gewalt auf: Die privatrechtliche Ordnung der Dinge aber bleibt durchaus das Privateigentum der Bürger bleibt auch im Kriege. Als Beute fallen nur Wehrgerät und Staatsgut dem Sieger anheim. Es gibt rechtlich keine Privatbeute mehr, weder in dem Sinne, daß ein Privater das Recht bekäme, Beute zu machen, noch in dem Sinne, daß der okkupierende Staat Privateigentum als Beute erklären könnte. Die bekanntgewordenen Rechtsbrüche dieser Art sind im ganzen geringfügig. Nicht so zur See.

Dort gibt es im Kriegsfalle keinen Schutz des feindlichen Privateigentums; das Seebeuterecht besteht bis heute. Kriegsschiffe haben das volle Recht, private Handelsschiffe des feindlichen Staates samt den darauf befindlichen Waren, die im Privateigentum feindlicher Staatsbürger stehen, wegzunehmen. Es ist der letzte noch legitime Rest des alten Seeraubes. Nur in einem Punkte ist dieses Seebeuterecht gemildert: Es ist kein Privatrecht mehr, sondern steht bloß der Kriegsmacht des Staates zu. Das Kriegsschiff bringt die Beute als „Prise" auf, führt sie in den bestimmten Heimathafen, wo ein staatliches Gericht, das sogenannte Prisengericht, entscheidet, ob sie eine „gute Prise" ist oder nicht. Der Raub ist hier in bestimmte Rechtsformen gekleidet. Bis zum Jahre 1856, zur Pariser Seerechtsdeklaration, war außerdem gestattet, daß der Staat privaten Kauffahrteischiffen das Beuterecht durch einen sogenannten „Kaperbrief" übertrug. Das Kaperschiff (Korsar) bewaffnete sich und fiel die feindlichen Handelsschiffe an, wo es sie traf. Der Pariser Kongreß hat die Kaperei für abgeschafft erklärt. Handelsschiffe durften seitdem eine Bewaffnung überhaupt nicht führen, widrigenfalls sie als Kriegsfahrzeuge oder des geplanten Seeraubes verdächtig behandelt werden konnten. In der Gefolgschaft des U-Boot-Kriegs ist die Bewaffnung von Kauffahrteifahrern wieder üblich geworden, ohne daß deren rechtliche Behandlung irgendwelche Klarstellung erfahren hätte.

Seit dem Pariser Kongreß sind von vielen Seiten die ernstesten Anstrengungen gemacht worden, nach der Kaperei auch das Seebeuterecht zu beseitigen. Man bemühte sich, die Unverletzlichkeit des Privateigentums auch zur See zur Anerkennung zu bringen und dadurch den friedlichen Handelsverkehr der Welt gleichsam außer Krieg zu stellen. Den Krieg führe Staat gegen Staat, Heer gegen Heer, Kriegsschiff gegen Kriegsschiff; nicht aber Staat, Heer und Kriegsschiff gegen den waffenlosen Bürger und sein nicht bewehrtes Privatgut! Auch auf beiden Haager Konferenzen wurde die Abschaffung des Seebeuterechts betrieben, aber England widerstrebte ihr beharrlich. Dieser Krieg, in dem England und seine Verbündeten, zuletzt Portugal, einen großen Teil der privaten deutschen Handelsflotte weggenommen haben, offenbart die Gründe dieses englischen Verhaltens. Der internationale Sozialistenkongreß zu Kopenhagen hat gleichfalls die Fortbildung des Seerechts in diesem Sinne gefordert. Mit besonderer Leidenschaft haben sich dort die Sozialisten Englands gegen den staatlich organisierten „Seeraub" ausgesprochen. Bekannt sind auch die jahrelangen Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie um einen Vertrag zwischen Deutschland und England, wonach England auf das Seebeuterecht verzichten, Deutschland dagegen in eine Einschränkung der Seerüstungen auf ein bestimmtes Machtverhältnis willigen sollte. Alle diese Versuche sind vor dem Kriege gescheitert.

Der Krieg beweist indessen nur, daß die rechtliche Ordnung der Hochsee das dringendste Bedürfnis der Kulturwelt ist, weil ohne rechtliche Ordnung die Geltung eines jeden Staates ausschließlich auf die Gewalt und damit unter Umständen auf den Krieg gestellt bleibt. Und obschon die Erfahrungen dieses Krieges das Völkerrecht erniedrigt haben, so bleibt es dennoch das einzige rechtliche Mittel. Auf die Frage muß eine Antwort gefunden werden, welche moralische und materielle Garantien hinter das neuzuschaffende Völkerrecht gesetzt werden können. Diese Frage und diese Antwort ist von besonderem Gewicht auch für das internationale Proletariat, dessen ständige Sorge der „dauernde Friede" in Zukunft sein wird.

Kriegsnachrichten

Wie's vor Verdun aussieht

Der französische Senator Humbert, der Verdun vertritt, hat der Festung einen dritten Besuch abgestattet. Er schildert seine Eindrücke und seine Erlebnisse während eines nächtlichen Aufenthalts „im Fort X“ in seinem Pariser „Journal“ vom 5. August:

„Ich wollte Verdun wiedersehen, mein armes, teures Verdun. Im sechsten Monat der grauenvollen Schlacht wollte ich mit meinen herrlichen Kämpfern Fühlung nehmen, einen Augenblick an ihrer Seite leben, sie bei ihrem Heldenwerke beobachten und aus ihrem Mund Eindrücke, Gedanken und Hoffnungen vernehmen. Alle haben mir da unten, Bürger, Soldaten und Führer, gesagt: „Verdun werden sie nicht kriegen.“ Allerdings geben sich unsere Tapfern davon Rechenschaft, daß die Partie noch nicht beendet ist. „Der Feind ist immer noch furchtbar. Wenn er auch wirklich mal nachgibt, so bricht er sofort wieder in neuen wilden Stößen vor, bei denen er in seiner Wut ganz außer sich gerät.“

Nun, was macht das aus? Die Unsrigen sind jetzt ihrer selbst sicherer als je. Sie haben ihre Kraft mit der des Gegners gemessen. Wofern man hinter ihrer Linie nur fortfährt, ihnen immer mehr und — das ist möglich — alles für den Kampf Erforderliche zu liefern, haben sie die Ueberzeugung, ihre Aufgabe, Verdun zu befreien und zu retten, zum guten Ende führen zu können. Alle haben mir vom untersten Soldaten bis hinauf zum ersten Führer erklärt: „Um zu siegen, brauchen wir nichts weiter als Kanonen und Geschosse.“

Ich habe auch die verwüsteten Ortschaften wiedergesehen, wo die Felder mit Gräbern gesät sind. Inmitten dieses trostlosen Bildes haben die Bürgersleute, die Greise, Frauen und Kinder, ihre Arbeit wieder aufgenommen und fangen an, sich an die Ruinen zu machen. Als ich an die Laufgräben kam, hatte ich den Eindruck, daß die Moral unserer Truppen noch besser war als bei meinem ersten Besuch. Man merkt jetzt, daß hier ein Führer den Befehl und daß er das Vertrauen und die Liebe seiner Untergebenen hat. Soeben hatte man dem Feind in einem glücklichen Angriff zwei starke verschanzte Stellungen entrissen, ein neuer Angriff bereitete sich am selben Abend gegen Thiaumont vor, und man sprach bereits von der Einnahme von Fleury. Daher allenthalben gute Stimmung. Ein höherer Offizier zählte mir die Gründe für sein Vertrauen und seine Hoffnungen auf: „Zweifelsohne hat Deutschland keinen einzigen Mann von der Armee des Kronprinzen zurückgezogen. Es hat nicht einmal die Verdun bedrohende Artillerie verringert. Aber andererseits vermochte es keine frischen Divisionen in den Kampf zu werfen. Auch scheint es jetzt mehr als früher Rücksichten auf die Ausgabe von Munition üben zu müssen. . . .“

Wir nähern uns der Feuerlinie. Zuckende Blitze am ganzen Himmel. Donnern und Krachen und Explosionen in nächster Nähe. Ich stehe auf der höchsten Erhebung des Forts. Lichter jagen durch die dunkle Landschaft. Ich vermag von meinem Standort das ganze Gebiet des weiten Schlachtorts zu überblicken. Der Artilleriekampf dauert an, er wird immer wilder. Keinen Schrei vernimmt man, keinen Gewehrschuß, kein Knattern der Maschinengewehre. Die Riesenstimme der Kanone läßt keinen anderen Ton mehr aufkommen.

Ach, wenn nur diejenigen, die den Krieg fast schon für beendet halten, hierher kämen, um mit mir das unvergeßliche und schreckliche Schauspiel zu beobachten! Ach, wenn sie nur einen Blick auf dies Feld der Massenschlächterei und des Schauers werfen könnten, wo zwei Nationen in verzweifelten Kraftanstrengungen aneinanderstoßen. Dann würde man die alle Glieder durchdringende Sensation von dem furchtbaren Zerstörungswerk mit nach Hause nehmen, auf das alle Mittel, alle Kräfte und alle Willensbezeugungen gerichtet sind.

Ach nein! Heute sind es nicht mehr wie ehedem bloß zwei Heere, die auf Rechnung von zwei Staaten zum blutigen und schnellen Zweikampf aufeinanderprallen. Heute sind es zwei Rassen, die miteinander ringen, die sich an der Kehle packen, sich den Leib aufreißen, ihr Blut vergießen, ihre Kraft vertun, ihre Seele aushauchen, bis die eine vor Erschöpfung niedersinkt . . .“

Der Kampf vor Ungarns Grenze

Das „Berliner Tageblatt“ erhält von ihrem Korrespondenten einen Bericht über die Bukowinaschlacht, dem wir entnehmen: Der russische Ansturm wurde im Nordosten vor Ungarns Grenze aufgehalten. Es war unendlich schwer. Die Russen haben ihre besten Truppen, sibirische Schützen und die tapferen Kosakendivisionen hier gesandt. Französische Artilleristen und Sappeure, sowie [illegible] Artillerieoffiziere bereiteten die Angriffe vor. Die geplante Reform der Artillerie war in [illegible] Armee [illegible] vollendet, jedes Bataillon hat eine Batterie gehabt. Die Munition wurde in riesigen Massen aufgestapelt und neue Waffen, zum Beispiel [illegible] Handgranaten, verwendet. Die Divisionen bestanden aus 16 bis 20 Bataillonen. Die Stände waren voll. Jedes Regiment hatte zwei drei Ersatzbataillone als Reserven. Allerdings haben diese Reservebataillone keine Gewehre gehabt. Sogenannte Bergungsabteilungen sammelten aber Gewehre der Gefallenen und Verwundeten und verteilten diese unter die Ersatzmannschaft, die gleich an die Stelle der Verwundeten trat. So wurde der Einbruch nach Ungarn versucht und [illegible] abgewehrt. . . .

Ein Dämpfer

Der Kriegsberichterstatter Gibbs telegraphiert aus dem englischen Hauptquartier: Man dürfe in England nicht auf fortwährende Siege rechnen oder sich dem Glauben hingeben, daß die letzten Kämpfe den Feind aus dem Felde schlagen und den Krieg zu einem solchen Ende bringen würden. Der Deutsche Generalstab ist zweifellos noch ebenso tatkräftig und entschlossen wie je, denn er besitzt [illegible]. Es sei deshalb [illegible], einen plötzlichen Zusammenbruch der deutschen Kriegsmaschine zu erwarten oder auszunehmen. Schwächen, die der Feind aufweise, [illegible] daß bei ihm eine allgemeine Schwächung eingetreten sei.

Die englischen Kriegsschulden

London, 10. August. (Unterhaus.) Bei Beratung der Finanzbill sagte Finanzminister McKenna: Unsere Gesamtverschuldung wird für Ende März 1917 auf 3440 Millionen Pfund, gleich 68,8 Milliarden Mark angenommen. Nach Abzug der unseren Alliierten und den Dominions gewährten Vorschüsse von ungefähr 800 Millionen Pfund, gleich 16 Milliarden Mark, beträgt die Schuld netto 2640 Millionen Pfund, gleich 52,8 Milliarden Mark. Das geht ganz über alles Maß hinaus, was wir je gekannt haben, [illegible]. Das gesamte Nationaleinkommen beträgt ungefähr 2700 Millionen Pfund gleich 54 Milliarden Mark, so daß die gesamte Nationalschuld ungefähr dem jährlichen Nationaleinkommen gleichkommt. Das ist nicht als eine unerträgliche Last zu betrachten. Wir geben täglich auf dem Festlande mehr als eine Million, wahrscheinlich nahe an zwei Millionen Pfund gleich 40 Millionen Mark für eigene Rechnung und die Rechnung unserer Alliierten aus. McKenna verteidigte die Finanzpolitik in bezug auf die kurzfristigen Sicherheiten und sagte: Wenn die finanzielle Verschuldung es rechtfertige, werde man ohne Zögern eine Anleihe auflegen und das Versprechen auf Umwandlung der schwebenden Kriegsschuld in Anleihen erfüllen.

Türkische Truppentransporte nach der Ostfront

Einer „Tageblatt“-Meldung aus dem österreichischen Kriegspressequartier zufolge sind unlängst größere Transporte türkischer Truppen an die Ostfront abgegangen. Es waren fast durchweg stramme junge Männer zwischen 25 und 35 Jahren, fast alle aus den asiatischen Provinzen stammend. Die Ausrüstung der Türken ist funkelnagelneu und bequem. Verschiedene kämpften bereits am Suezkanal oder auf Gallipoli mit.

Der türkische Erfolg in Tripolis

Aus Konstantinopel meldet die Telegraphen-Agentur Milli: Aus amtlicher Quelle werden die folgenden Nachrichten gegeben: In dem ganzen Gebiet von Tripolis von westlich des Sereth bis zur tunesischen Grenze befindet sich kein italienischer Soldat mehr außer innerhalb der Mauern der Städte Homs und Tripolis. Die Stämme, die sich an der tunesischen Grenze befinden, haben sich mit den tripolitanischen Kriegern vereint und mit diesen zusammen die ganze Zone zwischen Tatawin und Dehibat besetzt. Zur Stunde werden diese Gebiete von den Scheichs und Führern der Krieger verwaltet. Der Rote Halbmond glänzt in allen diesen Gegenden.

Der türkische Durchmarsch durch Persien.

Konstantinopel, 14. August. Die Blätter weisen auf die große strategische Bedeutung der Besetzung von Hamadan hin, des Kreuzungspunktes der Hauptstraßen Persiens, der die Wege nach Teheran, Kaswin und Täbris beherrsche. Die türkischen Truppen vereitelten auf diese Weise nicht nur endgültig den Plan der Vereinigung der Engländer mit den Russen, sondern bedrohten die russischen Verbindungen, was besonders dann der Fall wäre, wenn es ihnen gelänge, zwischen Kaswin und Täbris nach Teheran vorzudringen, dessen Entfernung von Täbris 550 Kilometer beträgt, während die Entfernung von Hamadan nach Teheran 320 beträgt und von den Türken rascher zurückgelegt werden könne, als die russischen Verstärkungen von Täbris nach Teheran entsandt werden könnten. Die Blätter heben auch den ungeheuren Eindruck hervor, den der rasche Vormarsch der Türken durch Persien auf das persische Volk ausüben werde, das vielleicht gegenwärtig Zeuge der Vorbereitungen der englischen und russischen Gesandten ist, Teheran zu verlassen, und dem es nunmehr freistehen werde, sich endgültig den Türken anzuschließen, um das Land vor der englisch-russischen Herrschaft zu retten.

Geheimbefehl

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Unter den Geheimpapieren eines von einem deutschen U-Boot versenkten englischen Vorpostenbootes ist folgender Geheimbefehl des Seebefehlshabers von Peterhead vorgefunden worden. Der Befehl ist datiert aus Peterhead vom 28. Februar 1916 und lautet in wörtlicher Uebersetzung: Vertraulich P. G. O. Nr. 65. Es wird die Aufmerksamkeit auf § 3 der T. M. O. 229/1915 gerichtet, wonach neutrale Schiffe den Befehlen englischer Kriegsschiffe bedingungslos zu gehorchen haben. Wenn irgend ein Schiff die ihm von dem Vorpostenboot gemachten Signale nicht achten sollte, so ist der Schiffsname zu melden, damit bei der Gesellschaft (des Schiffes) Schritte unternommen werden, um den Gehorsam zu erzwingen. Dies gilt besonders gegenüber solchen Handelsschiffen, welche an der Ostküste Schiffahrt treiben. Der Befehl ist unterschrieben von T. H. Simpson, Rear-Admiral, und ist gerichtet an alle Seebefehlshaber. — Neutrale Schiffseigentümer wissen zwar schon lange, wie England die Knute über sie schwingt. Es erscheint nicht unwichtig, auch der breiteren Oeffentlichkeit an der Hand unwiderleglicher Beweise zu zeigen, wie England gegenüber den neutralen Staaten vorzugehen pflegt, für deren Schutz es vorgeblich kämpft.

Politische Rundschau

Die künftige Steuerpolitik

Geheimrat Witting, als früherer Direktor einer der führenden Großbanken gewiß eine Persönlichkeit, der man Sachkunde auf diesem Gebiet nicht absprechen kann, behandelt im „Berliner Tageblatt“ die künftige Steuerpolitik des Reiches. Sowohl die Regierung als auch die Mehrheit des Reichstags unter Führung der Konservativen halten bis jetzt noch an dem Grundsatz fest: dem Reiche die Zölle und die indirekten Steuern, den Einzelstaaten die direkten Steuern. Hat doch Herr Dr. Helfferich erst jüngst wieder im Reichstag ausdrücklich versichert, daß nicht die Absicht bestehe, neben der Abgabe von den Kriegsgewinnen noch eine direkte Steuer für das Reich in Vorschlag zu bringen. Diesem Standpunkt geht Witting sehr energisch zu Leibe. Er stellt fest, daß es sich in diesem Streit einzig handeln um die Erringung einer wirklichen Finanzhoheit des Reiches, dem fortan der erste und unmittelbare Zugriff auf alle Steuerquellen, direkte, indirekte, [illegible], und von dem Staaten und Gemeinden zu [illegible]. Das ist die Grund-, die entscheidende Frage, darum wird der Kampf entbrennen, der starke verfassungsrechtliche Folgen haben muß.“

Herr Witting berechnet den Bedarf für das Reich nach dem Kriege auf neun, für die Einzelstaaten und Kommunen auf fünf Milliarden Mark und sagt dann:

„Wäre es nicht eine harte Ungerechtigkeit, diese Bedürfnisse des Reiches nun auch ausschließlich und allein auf die indirekten Steuern zu verweisen und damit den Grundsatz zu statuieren, daß die Kosten für diesen Krieg im wesentlichen die unbemittelte Bevölkerung aufzubringen hätte? Nein, durch einen Krieg, der um Leben, Sicherheit und Vermögen jedes einzelnen Bürgers ging und geht, und der diese Lasten verursacht, hat das Reich sich den unbestreitbaren Anspruch auf die Steuersouveränität erworben. Nicht das ist entscheidend, ob der Besitz in den Einzelstaaten jetzt schon mehr oder weniger stark belastet ist; dieser Gesichtspunkt muß gegenüber dem anderen zurücktreten, daß fortan die Ansprüche des Reiches so ungeheuer groß über die Einzelstaaten und Gemeinden herausgewachsen sind, daß jene über die Abgrenzung der steuerlichen Kompetenzen zu entscheiden haben. Die Behauptung, eine verfassungsrechtliche Bestimmung hindere das Reich an der Inanspruchnahme der direkten Steuern, ist ja schon oft widerlegt; die Geschichte des Artikels 70 der Reichsverfassung mit der bekannten Miquelschen Deklaration beweist das Gegenteil. Uebrigens vergessen diejenigen, die mit einer raschen Handbewegung das Reich von den direkten Steuern ausschließen wollen, die Entstehungsgeschichte und Bedeutung der Matrikularbeiträge . . . In einer Zeit, wie der heutigen, in der rings um unser Land die Kanonen donnern, und in der unsere Soldaten mit ihren Leibern die Sicherheit jedes einzelnen Einwohners und seiner Habe verbürgen, scheinen einem Geldopfer unendlich gering gegen dasjenige, was unsere Kämpfer geben. Und wer in diesem Krieg ein Blutopfer gebracht hat, wer einen geliebten Angehörigen hat hingeben müssen, dem ist ja ohnehin der Gedanke steuerlicher Opfer, mögen sie noch so groß sein, herzlich gleichgültig geworden. Wer aber heil und ohne tiefes seelisches Leid aus diesem Kriege herauskommt, der müßte doch gewiß freudig bereit sein, dem Reiche, das ihn geschützt, seine Habe gerettet hat, nach allen Kräften zu steuern. So kann und darf, nach dem, was wir erlebt haben und erleben, die Furcht vor hohen Steuern die Besitzenden doch wahrlich nicht in ihren Entschlüssen bestimmen: das Gegenteil wäre tief traurig und verächtlich, — es wäre ein Zeichen jenes Mammonismus, von dem uns doch die Ideen von 1914 angeblich befreit haben sollen.“

Der Verfasser entkräftet dann alle die Einwendungen, die gegen direkte Reichssteuern erhoben werden und zieht insbesondere England zum Beweise dafür heran, daß der Besitz ohne jeden Nachteil für die wirtschaftliche Entwicklung weit stärker belastet werden kann, wie das bis jetzt in Deutschland geschehen ist. Mit direkten Steuern allein meint Herr Witting, werden die ungeheuerlichen Summen, um die es sich in Zukunft handelt, nicht aufgebracht werden können, es werden auch Verbrauchsabgaben und Monopole herangezogen werden müssen. „Aber“, so fährt er fort, „wir wollen und dürfen dabei nicht vergessen, daß heute schon für die unentbehrlichen Lebensmittel und für die Genußmittel der großen Massen, für Getreide, Salz, Petroleum, Zucker, Kaffee, Bier, Branntwein und Tabak 20 Mark pro Kopf der Bevölkerung mit 1½ Milliarden jährlich aufgebracht werden, während für Genuß- und Luxusmittel der Reichen: Wein, Schaumwein, Seidenwaren, Tee, Kakao, Austern, Sekt usw. 86 Pfennig pro Kopf vom Reich an Steuern vereinnahmt werden. Hieran ist nun einmal nicht zu rütteln, und das wird die schärfste Agitationswaffe in den Kämpfen der Zukunft werden, wenn die Besitzenden nicht die nötigen Folgerungen daraus ziehen.“

Kundgebung für den Frieden.

Nach einem uns zugegangenen Bericht des Sozialdemokratischen Pressebureaus veranstaltete im Einklang mit dem Aufruf des Parteivorstandes die Dresdener Parteileitung am Sonnabend abend und Sonntag vormittag Kundgebungen. Die Versammlung für den Wahlkreis Dresden-Land war von etwa 1500 Personen besucht, zahlreiche Personen fanden keinen Zutritt mehr. Die Versammlung für den vierten und fünften Kreis, die am Sonntag im großen Zirkusbau stattfand, gestaltete sich zu einer überaus großzügigen Kundgebung unserer Partei. Schon von 9 Uhr an strömten Männer und Frauen in Scharen herbei, bis an **6000 Personen** die weiten Räume dicht füllten und die Behörde weiteren Zutritt versagte. In beiden Versammlungen sprach Genosse Scheidemann. Er erklärte u. a.: Wir müssen ausharren, damit Deutschland nicht von den noch immer ihren Sieg erwartenden Gegnern unterworfen, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht für unabsehbare Zeit um alle ihre Zukunftshoffnungen betrogen wird. Zugleich aber gilt es, für möglichst baldigen Friedensschluß zu wirken und die Eroberungspläne abzuweisen, die dem Friedensschluß im Wege stehen. Es sei bemerkt, daß das Bureau der Versammlung aus Anhängern der verschiedenen Parteianschauungen gebildet war, zum Zeichen, daß in der Friedensfrage Einigkeit in der Arbeiterschaft herrschen soll. Es war seit langem das erste Mal wieder, daß sich in Dresden die Klasse des arbeitenden Volkes zu einer so großen Kundgebung versammeln konnte. Möge sie dem Frieden dienen!

— **Konservative und Sozialdemokratie.** Graf v. Westarp hat sich in einem Briefwechsel, von dem er selber wünscht, daß er in die Oeffentlichkeit kommen möge, über die Sozialdemokratie ausgesprochen. Er knüpft an die Bemerkung des Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages vom 6. Juni an, daß der Unterschied zwischen „nationalen und antinationalen“ Parteien verschwinden müsse. Dazu führt nun Graf v. Westarp, wie die „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ mitteilt, folgendes aus:

„Wenn ein ganzer Gedankenkreis, wie der frühere Gegensatz der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien, in ein einheitliches Schlagwort zusammengefaßt wird, so gibt das natürlich zu Beanstandungen sehr leicht Anlaß, weil ein solches Wort das, was es alles umfassen soll, unmöglich vollständig decken kann. Die Bezeichnung der deutschen Sozialdemokratie als einer „nicht nationalen“ Partei ist durch die Betätigung ihrer Anhänger im gegenwärtigen Weltkriege hinfällig geworden. Aber die Leute sind noch wie vor Republikaner, mehr noch, sie sind Sozialisten. Und da sie als solche die Monarchie und die bürgerliche — auf dem freien Privateigentum beruhende — Gesellschaftsordnung beseitigen wollen, welche die Grundlagen des heutigen Deutschen Reiches sind, so sind sie wohl nicht eigentlich „national“. Immerhin das Wort „antinational“ möge fallen. Aber ihre Bestrebungen sind republikanisch, antimonarchisch, auf die Herbeiführung einer Herrschaft der Masse gerichtet. Also muß der Gegensatz der konservativen Partei zur Sozialdemokratie unüberbrückbar und unverwischbar bleiben.“

So allmählich lernt man erkennen, mit welchen Schlagworten die Konservativen künftig den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen gedenken. Die „Kreuzzeitung“ sagte zum Friedensaufruf des Parteivorstandes, daß die Sozialdemokratie dahin strebe, die Kämpfer im Felde draußen um den Erfolg ihrer Aufopferung zu bringen. Herr v. Heydebrand führte am Montag in Frankfurt aus, die Sozialdemokratie habe ihre Auffassung über Thron, Religion und Ehe nicht geändert, und Graf Westarp stellt fest, die Sozialdemokraten sind noch immer republikanisch, antimonarchisch ge-

7. Jahrgang
Nr. 33

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
19. August 1916

Für die Einheit der Partei!

Ein feldgrauer Thorner Genosse H., der als Parteigenosse und Gewerkschaftler im schmierigsten Teile Westpreußens an führender Stelle seit Jahren treu seine schwere Pflicht in der Arbeiterbewegung getan hat, schickt uns die nachstehenden Ausführungen. Wir geben sie nach Milderung einiger Ausdrücke, die die begreifliche Entrüstung unseres Freundes entschuldigt, im Wortlaut wieder:

Auch ich sehe mich veranlaßt, meine Ansicht über die Parteispaltung zu äußern. Es haben schon viel Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten in der Partei bestanden. Dies aber halte ich für das größte Verbrechen, das je an der Partei und den Arbeiterinteressen begangen wurde. Verabscheuenswürdig ist das Benehmen und das Handeln der Arbeitsgemeinschaft der Partei gegenüber. Es ist nicht nötig, hier allen Einzelheiten nochmals nachzugehen. Von wie tiefstehender Gesinnung zeugen die Versuche, Parteiversammlungen zu sprengen. Wir Genossen im grauen Rock beruhigten uns anfangs noch immer, daß nach Friedensschluß alles gut werden könnte. Zu unserm Bedauern erweitert sich aber die entstandene Kluft durch die ungenössische Kampfesart der A.-G. immer mehr, so daß die Möglichkeit einer Ueberbrückung immer geringer oder gar unmöglich wird. Tief bedauerlich ist, daß sich Genossen, die sich seit Jahren an leitenden Stellen befinden und aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind, den Störern des Parteifriedens angeschlossen haben. Ihnen, die sich schon jahrelang in der Arbeiterbewegung befinden, mußte es klar sein, **daß die Einigkeit das Fundament ist, auf dem die Macht und Stärke der Partei ruht. Und wehe dem, der daran rüttelt! Es ist das größte Verbrechen! Alles ist darin enthalten: Verrat, Fahnenflucht und Preisgabe der stärksten Kampfmittel unsern Gegnern gegenüber.** So wie von jedem, der sich jetzt im grauen Rock befindet, bei derartigen Vergehen Rechenschaft gefordert wird, **so werden auch wir,** denen es beschieden sein sollte, aus diesem grausigen, welterschütternden Ringen heimzukehren, **Rechenschaft fordern** von denen, die das, was in einem Menschenalter durch mühevolle Arbeit und mit ungeheuren Opfern zu sammengeschmiedet und aufgebaut, wieder vernichtet haben. Im Grunde konnte man von den Herren Akademikern gar nichts anderes erwarten. Sie, die in einer ganz anderen Atmsphäre groß geworden sind, die nicht das Elend des Proletariers von Kind auf kennen, vielleicht nie einen wirklichen Einblick in die Not des Arbeiters getan haben, sind eben, wie der Genosse Heinrich Cunow richtig schreibt, nur Partei- und keine Klassengenossen. Leider ist die Warnung des Genossen Bebel vor ihnen zu wenig beachtet worden.

Aber trotz ihrer bisherigen Tätigkeit hoffe ich, daß die ganze Sache den Friedensschluß nicht lange überleben wird. Ich hatte Gelegenheit mit Anhängern der Arbeitsgemeinschaft aber auch mit Genossen der Mehrheit über die Spaltung zu sprechen. Zu den ersteren zählen ein großer Teil früherer Patrioten, denen schon der Militärdienst hinter der Front und in der Garnison so unangnehm auf die Nerven fällt, daß sie von dem Vorgehen der Minderheit einen früheren Frieden erwarten, wodurch sie unter Umständen vom Frontdienst verschont bleiben. Sobald wir aber den Frieden haben, fallen sie wieder ab. Denn die Mitläufer, die jede neue Sache für die richtige halten und jedem Redner, der für diese spricht, zustimmen, sind nicht zu ernst zu nehmen. Denn fast jeder Genosse, der im Felde steht und die ganzen Vorgänge verfolgt, wird, wenn er zurückkommt, imstande sein, diese von der Unrichtigkeit ihres Handelns zu überzeugen. Ein großer Teil der sonstigen Anhänger der Minderheit hat sich aus anderen Gründen angeschlossen. Die lange Dauer des Krieges, die Wertverminderung des Geldes infolge der hohen Lebensmittelpreise üben Einflüsse. Nicht zuletzt haben viele mehrere Angehörige im Felde, von denen vielleicht dieser oder jener gefallen oder zum Krüppel geschossen sein mag. Auch sie erhoffen durch das Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft einen schnelleren Frieden und somit die Erhaltung der noch kämpfenden Lieben. Leider sind sie jetzt nicht davon zu überzeugen, daß unsere Feinde auf keinen Fall an unseren Grenzen Halt machen würden, wenn wir infolge der Nichtbewilligung der Kriegskredite gezwungen sein sollten, unsere Truppen zurückzunehmen. Sie sehen nicht ein, **daß es unsere Feinde immer noch auf unsere politische wie wirtschaftliche Vernichtung abgesehen haben.** „Die Genossen sollen nicht glauben, uns einen Gefallen damit erwiesen zu haben, wenn sie uns dadurch eine frühere Heimkehr verschaffen wollen," sagten zwei Genossen, die ein Jahr und länger in Flandern stehen, zu mir. Auch sollen die Genossen nicht von uns verlangen, daß wir die Schutthaufen, die einst blühende Städte und Dörfer waren, so ohne Weiteres den Gegnern überlassen. So groß die Sehnsucht nach Frieden auch bei uns ist, so sind uns diese Ruinen doch zu teuer geworden. Zu viel edlen Blutes ist hier geflossen. Auch ist uns Denkenden voll bewußt, daß dies Blut so vieler tapferer Kameraden für die Erhaltung unseres Vaterlandes, für das Wohl unserer Frauen und Kinder, für unsere Kultur und nicht zuletzt für unsere Arbeitersache — was wäre sie unter der Zarenknute? — geflossen ist. Wenn nun auch ein Teil der Abtrünnigen nicht allzu ernst zu nehmen ist, so wirkt die Wühlerei doch zermürbend auf unsere Partei. **Es kann bei einer späteren Wahl nicht ausgeschlossen sein, daß sich zwei Arbeiterkandidaten als Gegner gegenüber stehen.** Oder daß einer von beiden bei einer Stichwahl ausschlaggebend sein kann. Bei der Gehässigkeit, die die Arbeitsgemeinschaft bisher an den Tag gelegt hat, ist anzunehmen, daß sie unserm Kandidaten nicht nur ihre Stimmen vorenthalten, unter Umständen stimmen sie gar noch gegen ihn. Die Folgen wären gar nicht abzusehen. **Darum Genossen zu Hause: Kämpft und arbeitet, wie wir draußen und hinter der Front! Kämpft gegen die weitere Zersplitterung! Kämpft und arbeitet für die Erhaltung und Vergrößerung der Partei, damit die Heimkehrenden nicht auf Trümmern von vorne anfangen müssen.** Auch sie werden wieder ihre ganze Kraft und Energie einsetzen und so wird es unsern vereinten Kräften hoffentlich gelingen, größeres Unglück abzuwenden und die Partei auf die frühere Höhe und Stärke, **die sie für die ihr nach dem Kriege zufallenden Aufgaben so nötig braucht,** zu bringen.

Danziger Nachrichten

Vergeßt die Kinder nicht!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der bedeutendste deutsche Vertreter der Ernährungs-Wissenschaft, Geheimrat Professor Dr. Max Rubner im Berliner Tageblatt Nummer 409 am 11. August folgende Mahnung:

Die Großstadtkinder sind wie Pflanzen, die in dürftigem Erdreich stehen, sie gedeihen immer etwas schwierig. Es fehlt ihnen viel von wahren Freuden der Jugend, und glücklicherweise wissen sie es meist nicht anders. Den richtigen Genuß der frischen Luft im Sommer, die wahre Freude am Sonnenschein, das innige Verweben des eigenen Lebens mit der Entwicklung der Natur; all das kennen sie nicht oder sie tun allenfalls einmal einen flüchtigen Blick in dies andere Leben, dann, wenn das Glück ihnen einen Platz unter den Ferienkolonisten offen gelassen hat.

Gerade in diesem Jahre muß man hoffen, daß diese Quelle der Erholung sehr ergiebig gewesen ist. Die Ernährung ist für viele etwas mangelhaft geworden, und wenn wir Alten uns selber am liebsten irgendwohin aufs Land zur bescheidenen Auffütterung — denn bescheiden ist sie immerhin auch da — verpflanzen möchten, so haben die Kleinen es doch dringender nötig. Was in Friedensjahren gut ist, ist heute ein doppelter Segen. Wenn man auch diesmal im großen Umfang an die Erholung der Berliner Jugend und der großstädtischen im allgemeinen auf dem Lande gedacht und sie in die Wege geleitet hat, so scheint mir fast nötig, daß man über den üblichen Termin hinaus einen weiteren Kreis von Kindern auf das Land schicken sollte, sei es auch mit der Einbuße einiger Wochen von Schulunterricht; wir brauchen eine solche Fürsorge, die eine Erholung der Schwächlichen erzielt. Sie werden nach erfrischenden Wochen auch in der Schule das bald wieder eingeholt haben, was sie an Wissen durch einen Ferienaufenthalt einbüßen. Außergewöhnliche Zeiten verlangen auch außergewöhnliche Maßregeln. Ich sehe keine sanitären Hindernisse, bis weit in den Herbst hinein eine Gruppe von Kindern nach der anderen, soweit es nötig ist, auf das Land zu bringen.

Für die Kinder in der Stadt wird die Schulspeisung und die Kinderhortpflege im Herbst und Winter einen viel größeren Umfang gewinnen müssen wie bisher. Denkt man also an Volksküchen und Mittelstandsküchen für die Erwachsenen, so haben die Kinder eine zweckmäßige, bekömmliche, ausreichende Ernährung um so mehr nötig, als die Frauen heutzutage in weit größerem Umfange wie sonst in Berufen tätig sind, welche die Ueberwachung ihrer Kinder schwierig, oft unmöglich machen.

Derselbe hervorragende Gelehrte sprach kürzlich — nach dem Berliner Tageblatt — auf einem kriegsärztlichen Abend in Berlin über Volksernährung im Kriege.

Die wesentlichen Grundfehler — so führte er aus — die bei uns gemacht wurden, liegen in der mangelhaften Sicherstellung der Brotfruchternte und der Kartoffeln. Die Lage der Bevölkerung ist durch die Preistreiberei verschlechtert worden, Gemüse, Obst und Fische sind auch unverhältnismäßig teuer geworden. Die hauptsächlich gebrauchten Nahrungsmittel sind Weizen und Roggen, Fleisch und Fett. 42 Prozent unserer ganzen Volksnahrung bestehen aus Brot. Die neue Ordnung der Ernährungsverhältnisse muß vor allem das Brot sicherstellen. 13 Prozent macht ferner das Fleisch aus, das Doppelte in den Städten. Das Fleisch ist kein Luxusgegenstand, sondern muß, wenn es fehlt, durch anderes (Milch) ersetzt werden.

Bei der Volksernährung ist wie bei der Krankenhausernährung eine gewisse Labilität notwendig. Der größte Spielraum muß für die Kartoffel bleiben. Der Hungernde kommt mit 30 Kalorien pro Kilogramm Körpergewicht aus, wenn er nicht arbeitet. In erster Linie müssen wir die nötige Menge von Nahrungsstoffen überhaupt erhalten. Die Industriearbeiter müssen gut versorgt sein. Bei der Verteilung der neuen Ernte muß ein Ausgleichfonds geschaffen werden. Eine Reihe von Gemüsen kann die Kartoffeln, eine andere die Leguminosen ersetzen. Viel Gemüse sättigt mechanisch, aber nicht physiologisch. Scheinfütterung ist durch viele „Mehle" möglich. Ungeheuer ist heute die Nahrungsmittelverfälschung (Konserven, Surrogate). Wichtig sind die Volksküchen; namentlich die Mittelstandsküchen. Schulspeisungen und Kinderhorte müssen unterstützt werden.

Für die Danziger Verhältnisse fordern diese zweifellos objektiven und wissenschaftlich unantastbaren Ausführungen doppelte Beachtung!

Mehr Kinderfürsorge.

Der Bericht des privaten Komitees für Ferienkolonien und Badefahrten der Schulkinder bestätigt durchaus den von uns zur Frage umfangreicher Kinderfürsorge vertretenen Standpunkt. Entgegen dem von der Danziger Zeitung und dem hiesigen Arzt Dr. S. Solmsen eingenommenen Standpunkt, daß die Ernährung der Kinder nicht gelitten habe, schreibt das Komitee: **„Die Knappheit an Kartoffeln und Brot hat sich bei diesen Kindern, die den ärmeren Schichten angehörten, doch bemerkbar gemacht . . ."** Das Komitee

Dennoch!

Daß einst die Menschen dennoch Brüder,
Wie aller Guten Beste sangen —
Das wären nichts als tote Lieder,
Die ohne Sinn verklangen?

Erhebet dennoch frei das Haupt
Und sagt dem ungläubigen Schächer:
Wer nicht mehr an die Menschheit glaubt,
Ist an der Menschheit ein Verbrecher.

Walter Treumund.

U-Boot-Gefahren

Wir entnehmen folgende Schilderungen mit Genehmigung des Verlages August Scherl (Berlin) dem „Kriegstagebuch: U 202" (geheftet 1 Mk., gebunden 2 Mk.), in dem U-Boot-Kommandant Freiherr v. Spiegel in packender Anschaulichkeit die Abenteuer und Gefahren des U-Boot-Krieges schildert.

Es war drei Minuten nach sechs Uhr, in etwa einer halben Stunde sollte die Sonne aufgehen. Noch verschwammen See und Himmel in einer dunkelgrauen farblosen Masse und ließen die Scheidewand, den Horizont, nur ahnen und nicht erkennen. Unaufhaltsam grafteten unsere scharfen Prismengläser die bleierne Dämmerung ab. Da plötzlich, ein Ruck im Körper — starres, regungsloses Verharren eine einzige Sekunde lang — ein schwarzer Schatten im Gesichtsfeld meines Glases hatte mich zusammenzucken lassen. Der Schatten wuchs, wurde zum Gespenst, riesenlang, riesengroß, nahm Formen an, wuchs, schneller, riesiger, ein schwarzer Leib, ein Mast, eins, zwei, drei, vier Schornsteine: Zerstörer!

„Schnelltauchen"! Alarm! Fluten! Ein Sprung in den Turm, das Wasser rauschte in die Tauchtanks, das Turmluck klappte hinter mir zu, und dann die Qual der Geduldsprobe, das Zählen der Sekunden, mit der Uhr in der Hand, bis die Tanks voll und das Boot unter Wasser ging. Nie im Leben sind mir wenige Sekunden so lang vorgekommen. Der Zerstörer, der höchstens 2000 Meter von uns entfernt gewesen war, hatte uns natürlich auch gesehen und lief mit der äußersten Kraft seiner 40 000 pferdigen Maschinen auf uns zu. Aus seinem vordersten Geschütz blitzten in schneller Folge Schüsse auf.

„Großer Gott im Himmel, wenn er nur nicht trifft!" Ein einziger Treffer, und wir sind verloren. Schon spült das Wasser an der Außenseite des Turmes bis zu den kleinen Glasfenstern herauf, durch die ich das dunkle Gespenst hinter uns herjagen sehe. Schauerlich ist das Bersten der Granaten rings um das Boot im Wasser, wie wuchtige Hammerschläge auf eine Stahlplatte hört es sich an, näher und näher kommt das metallische Krachen. „Der Kerl schießt sich ein!" Da, der fünfte Schuß, das ganze Boot erbebt, der nächste muß treffen; da schwindet das verräterische Tageslicht an den Turmfenstern, das Boot gehorcht dem Druck der Tiefenruder und geht unter Wasser.

Rötlichgelbes elektrisches Licht umhüllt uns, der Zeiger am Manometer, das die Tiefe anzeigt, steigt: 8 Meter, 9 Meter, 10 Meter, 12 Meter, 14 Meter. Gerettet! Seliges, wunderbares Gefühl des Geborgenseins tief unten im unendlichen Meere. Der Herzschlag, der sekundenlang gestockt, weil er keine Zeit hatte, zu schlagen, kommt zurück. Das Boot sinkt ja, tiefer und tiefer geht's hinab, es gehorcht wie ein treues Pferd dem leisesten Druck der Schenkel, die in Gestalt von Tiefrudern vorn am Bug und hinten am Heck sitzen. 24 Meter, 26 Meter zeigt das Manometer an. 30 Meter habe ich befohlen.

Oben birst's und kracht's noch immer wie in ohnmächtiger Wut im Wasser. Ich drehe mich um und lächle den Steuermann an, der mit mir im Turm steht, ein seliges, befreites Lächeln. Ich zeige mit dem Daumen nach oben. „Hören Sie's, Steuermann?" Törichte Frage, als ob der es nicht ebenso deutlich hörte wie ich und jeder im Boot. Und doch verständlich als Folgeerscheinung der ungeheuren und plötzlichen Nervenanspannung, die sich irgendwohin entladen muß, und sei es in solch einer sinnlosen kleinen Frage.

*

Wir waren im Abwärtsgleiten, das Manometer zeigte 17 Meter. Da war es uns plötzlich allen, als schlüge man uns mit einem Hammer auf den Kopf. Für eine Sekunde schwand unser Bewußtsein, dann fanden wir uns mit schmerzenden Köpfen, Schultern oder sonstigen Gliedmaßen am Boden liegend oder in irgend eine Ecke geschleudert wieder. Das ganze Boot zitterte und bebte. Lebten wir denn noch, oder was war geschehen? Warum war es so dunkel, pechschwarze Nacht? Aha, das Licht war aus!

„Sicherung nachsehen!"

„Ist rausgeflogen!"

„Reservesicherung ein!"

Plötzlich war es wieder Tag. Das alles spielte sich in Sekunden ab, viel schneller, als ich hier erzählen kann.

Was war geschehen? War es denn wirklich nicht mit uns zu Ende? Stürzte nicht irgendwo das Wasser rauschend ins Boot und riß uns hinab auf den Grund? Das war doch eine Mine gewesen, eine wahnsinnige, ungeheuerliche Minendetonation dicht, dicht am Boot. Und das Boot? Der Erfolg? Von selbst kamen die Meldungen aus allen Räumen. „Bugraum dicht", „Heckraum alles klar", „Maschinenraum alles dicht". Alles dicht! Da nahm das Boot eine sonderbare Neigung an. Der Bug senkte sich tief herab, und das Heck stieg hoch. Das Boot wurde rasend vorlastig, obwohl die Tiefenruder hart gegenan lagen.

„Herr Kapitänleutnant," schrie Oberleutnant Gröning, der Tiefe steuerte, „es ist etwas los. Das Boot steuert nicht mehr. Wir müssen irgendwo haken, eine Leine, vielleicht ein Netz!"

„Himmelkreuzdonnerwetter! Das fehlte noch gerade. Wir sitzen im Netz, natürlich, und oben im Netz sind Minen eingeflochten. Ah, das ist zum Verrücktwerden."

„Aufgepaßt," rief ich hinab, „wir müssen durch. Tiefenruder hart oben, hart unten, beide Maschinen äußerste Kraft voraus! Nicht hochkommen lassen! Unten bleiben, auf jeden Fall unten bleiben, oben sind Minen!"

Die Maschinen sprangen mit höchster Umdrehungszahl an, das Boot schoß vorwärts, ruckte ein, schob und bog sich ins Netz bohrte sich nach unten, zerrte, riß und zerriß das Stahlnetz in Fetzen.

„Hurra, wir sind durch! Boot gehorcht", rief Gröning von unten herauf, „Boot steuert wieder!"

„Tiefer gehen! Auf 50 Meter steuern", befahl ich. „Das ist ja eine finstere Gegend hier. Das ist ja die Hölle."

Ich hockte mich auf den Tauchretter nieder und stützte meinen Kopf in die Hand. Das brummte und sauste darin wie ein Mühlrad. Ueber den Augen in der Stirn stach es wie mit Nadeln, und die Ohren sausten, daß ich die Finger fest hineinstopfte. „Das ist ja eine finstere Gegend", wiederholte ich leise vor mich hin, „und dabei das Glück, das wir hatten, dieser unsägliche Dusel, der uns gerettet hat." Es dauerte eine Zeitlang, bis mein schmerzender Kopf imstande war, die Ereignisse aneinander zu reihen und zu begreifen. Ja, Dusel war es gewesen, daß wir gerade noch zur rechten Zeit auf größere

mehr weiter, daß die Pflege der Kinder, die man in Ferienkolonien schicken konnte, um so erfolgreicher war.

Gerade dieser Hinweis fordert unseres Erachtens die weiteste Ausdehnung dieser Fürsorge und ihre Fortführung bis zum Winter und weiter!

Leider konnte das Komitee — der beschränkte Umfang privater Mittel wird, trotz aller Kriegsgewinne gutsituierter Kreise, immer an diesem Uebelstande leiden — nur 212 Kinder in Ferienkolonien schicken. Wie wenig das bei über 20 000 Danziger Volksschülern bedeutet, lehrt der erste Blick. Weitere 722 Kinder erhielten Seebäder.

Es ist hohe Zeit, daß der Magistrat die Mahnungen des Professors Rubner beherzigt und eine wirklich großzügige Kinderfürsorge einleitet. Der nicht zu ferne Winter mahnt dringend, daß auch Danzig großstädtische soziale Pflichten gegenüber den jungen Menschen, die die Zukunft unseres Volkes sind, erfüllen muß!

Teure Wolle.

Die Mitteilungen, die wir am 5. August, in der Nr. 31, unter dieser Spitzmarke über die unglaublichen Preisforderungen des Inhabers der Schlesischen Strumpfwarenfabrik, Schmiedegasse 23, machten, nahm der Herr nicht sehr freundlich auf. Er stellte uns eine längere Zuschrift in Aussicht, die die völlige Unwahrheit unserer Darstellung nachweisen sollte. Am 7. August stellte er sich uns mit diesen Erklärungen in ausgesuchter körperlicher Frische und Rüstigkeit sogar persönlich vor. Am 8. August mußten wir dafür bereits zu unserem großen Schmerz in einem Inserat der Neuesten Nachrichten lesen, daß das Geschäft von der Ehefrau wegen Krankheit ihres Mannes verkauft werden solle. . . . Die Zuschrift haben wir noch nicht erhalten. An der Richtigkeit unserer Angaben kann auch dieser gänzlich unerwartete und höchst betrübliche Ausgang nichts ändern. In mindestens einem anderen Falle sollen zudem noch höhere Preise gefordert worden sein. Deshalb schwebt bereits das Verfahren.

Machandel-Reklame.

Reklameunfug nennt das Westpreußische Volksblatt mit Recht einen von der Danziger Zeitung und den Neuesten Nachrichten mit viel Liebe ausführlich geschilderten Vorgang, bei dem am letzten Sonntag ein im Wintergarten auftretender Gedankenleser am Gralath-Denkmal in der Halben Allee eine Flasche mit Machandel gesucht hat. Dabei waren sogar Polizeikommissar Günther und Polizeikassenrendant Fahliner beteiligt. Mehrere Automobile waren zur Stelle und schließlich soll es nach der glücklichen Auffindung des Feuerwassers einen Freitrunk gegeben haben. Das Westpr. Volksblatt spricht von Tingeltangel-Reklame und scheint zu bezweifeln, daß sich Polizeibeamte und einige Pressevertreter beteiligt hätten.

Wir können ergänzend mitteilen, daß die Szene sich sogar am nächsten Tage an gleicher Stelle unter Mitwirkung des Kommissars Günther und dreier Automobile wiederholte, um kinematographisch verewigt zu werden. Kommerzienrat Stobbe-Tiegenhof, Besitzer der Westpreußischen Machandelwerke, kann sich so etwas leisten. Nebenbei sind wir erstaunt, daß, trotz des seltenen Betriebsstoffes, gleich drei Autos für solche Zwecke aufgeboten werden konnten. Geschmackvoll ist solche Reklame, bei der doch jeder sofort die Absicht merkt, auf keinen Fall. Im Kriege wirkt sie noch ganz anders.

Zuckerschwierigkeiten

Zu manchen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln ist in Danzig noch eine Zuckerkalamität hinzugekommen. Es ist vielfach überhaupt nicht möglich, Zucker zu erhalten. Das ist bei dem hohen Wert dieses Stoffes für die Ernährung, vor allem der Kinder, außerordentlich bedauerlich, der Magistrat hat vom 14. August die für eine Woche pro Person geltende Zuckermenge von 125 auf 62,5 Gramm herabgesetzt. Vom 17. August ab dürfen in Cafés und Gastwirtschaften usw. Getränke nicht mehr mit Zucker gesüßt, auch darf ihnen Zucker nicht mehr beigelegt werden. Ueber die Ursache dieser Maßnahme äußert sich der Magistrat selber nicht. Uns wurde von mehreren Fachleuten mitgeteilt, daß eine Ursache darin gesehen werden muß, daß das Danziger Kriegsernährungsamt der Reichszuckerstelle das Ergebnis der Bestandsaufnahme vom 25. Mai als für den Tag vorhanden berichtet haben soll, an dem der Verkauf gegen Karten begann. Dies geschah im Juni. Der Magistrat hätte demnach übersehen, daß inzwischen erfahrungsgemäß erhebliche Mengen verkauft worden sind. Die Reichszuckerstelle konnte diesen Sachverhalt naturgemäß nicht kennen und überwies daher die erforderlich gewesenen Zuckermengen nicht nach Danzig. Eine Berichtigung der irrigen Danziger Angaben soll nicht nach Berlin erfolgt sein.

Wir setzten in diese sehr auffälligen Mitteilungen, trotz der zweifellosen Sachkunde und Zuverlässigkeit unserer Gewährsmänner, Zweifel. Unter Schilderung des Sachverhalts ersuchten wir daher das städtische Kriegsernährungsamt schon am 12. August um eine Aeußerung. Wir haben sie zu unserer Ueberraschung jedoch nicht erhalten. Eine Widerlegung können wir in diesem Verhalten nicht sehen!

Die Preise für Kunsthonig werden von manchen Händlern in einer Höhe gefordert, die nicht zu billigen ist. Die Höchstpreise bestimmen, daß für ½ Kilo-Paket nicht mehr als 55 Pfg., für ½ Kilo-Dose 65 Pfg., für 1 Kilo-Dose 1,25 Mark und für einen 5 Kilo-Eimer 5 Mark berechnet werden dürfen. Von diesen Preisen erhält der Kleinhändler vom Grossisten 20 Prozent Rabatt! Sein Verdienst ist also wirklich hoch genug, um innerhalb der Höchstpreise bleiben zu können.

Städtische Lebensmittel.

Wenn jemand von auswärts die Namen der Lebensmittel liest, die der Magistrat auf Lebensmittelhefte abgibt, so läuft ihm das Wasser im Munde zusammen und er meint wohl, daß Danzig im Schlaraffenlande liegt. Leberpastete, das Pfund für 1,75 Mark, erwähnten wir schon. Auch Oelsardinen gibt es, die Büchse für 85 Pfennig. Wie uns Hausfrauen übereinstimmend versicherten, ists ein wirklich kostbarer Fisch. Die Büchse enthält meist nur — vier Fischchen! Neuerdings bekommt man Preißelbeeren das Pfund für 1,20 Mark. Im Frieden stand der Preis auf 50 Pfennig. All' diese Waren hat man in der Masse der Verbraucher nicht einmal im Frieden als Lebensmittel gekannt und gewertet. Sie sind selbst als Leckerbissen den allermeisten ferngeblieben.

Als wirkliches Nahrungmittel kann man das Gemüse ansehen, das der Magistrat auf dem städtischen Gut Königshof ziehen ließ. Nur stehen leider die Preise dafür auf einer Höhe, die bei der städtischen Selbsterzeugung unverständlich ist. Für Weißkohl galt zuletzt der Höchstpreis von 6 Pfennig für das Pfund. Der Magistrat läßt sich jetzt dafür — 15 Pfennig zahlen! Auf diesem Wege wird die Stadt allerdings nicht die dringend notwendige Ermäßigung der Preise erreichen. Solche Preise haben höchstens die Wirkung, daß die Aermeren auch diese Ware nicht kaufen können. So entsteht der völlig falsche Anschein, daß gar kein Bedürfnis für die städtische Lebensmittelfürsorge vorhanden ist.

Preise der Lebensmittel.

Der Preis der Eier ist schon wieder auf 4,50 Mark pro Mandel gestiegen. Das einzelne Ei kostet aber nicht etwa 30 Pfg., sondern schon 32 Pfg. Als erste Maßnahme gegen die wucherische Preistreiberei in Eiern bestimmte der Magistrat am 18. August, daß in der Markthalle, auf Märkten und in Kleinverkaufsstellen Eier nur von Personen gekauft werden dürfen, die sie selbst oder für ihre Angehörigen verbrauchen wollen. An der Höhe der Preise dürfte diese Vorschrift nicht viel ändern.

Ueber die Obstpreise schrieben die Neuesten Nachrichten am 12. August:

Die Obstpreise sind noch derart hoch, daß von den Käufern berechtigte Zurückhaltung geübt wird. Ein Mißstand muß hierbei gerügt werden: Das Obst wird aus purer Gewinnsucht halb grün auf den Markt gebracht, nur damit es möglichst viel bringt. Wir sahen Tomaten und die ersten blauen Pflaumen, die buchstäblich noch halb grün waren. Die Birnen sind in der Regel noch steinhart und infolgedessen saftarm. Nichtsdestoweniger werden aber als Grundpreis 50 Pfg. für das Pfund verlangt. Die Händler sollten solche Mätzchen der Lieferanten nicht unterstützen, sondern die Abnahme verweigern, die Behörden aber das Verfahren des Großhandels nicht dulden.

Diese Erscheinungen zwingen zu der Erkenntnis, daß die Beschaffung der Lebensmittel, vom Gewinninteresse losgelöst, zu einer öffentlich gemeinnützigen Einrichtung werden muß.

Unzulässiger Fischverkauf.

Aus Heubude und anderen Küstenorten gehen uns Klagen über die Art des Verkaufes der Fische durch Fischer zu, die durchaus unzulässig ist. In jenen Orten bietet der tägliche Fang der Fischer für die Aermeren meist die einzige Gelegenheit, um etwas zu den Kartoffeln bekommen zu können. Die Freude darauf erfüllt sich aber sehr häufig nicht. Denn nicht wenige Fischer verkaufen nicht an die Käufer, die sich bei ihnen einfinden. Sie füllen zuerst die Schüsseln, die meist schon am Abend vorher mit der Bestellung und dem Gelde bei ihnen abgegeben werden. Erst was übrig bleibt, wird den Wartenden gegeben, die nicht zu den begünstigten Vorbestellern gehören. Dabei wird vollkommen zutreffend gewünscht, daß solche Vorbestellungen unterbleiben und jeder Wartende soviel bekommt, wie nach dem gefangenen Vorrat auf ihn entfällt. — Dieser Wunsch ist vollberechtigt. Solche Vorbestellungen sind durchaus unerlaubt! Wir hoffen, daß die in Frage kommenden Fischer einsehen, daß die hier geäußerten Wünsche recht und billig sind, und daß sie von selber das bemängelte Verfahren unterlassen.

Die Ansammlungen vor den Läden

mehren sich wieder in unerfreulicher Weise. In der Heiligegeistgasse stehen die Käufer, die etwas Butter haben möchten, fast ebenso zahlreich wie früher. Die Einführung der Lebensmittelhefte sollte dagegen, nach Meinung des Magistrats, radikal schützen. Leider ist dies ein Irrtum gewesen. Einsendungen an die Neuesten Nachrichten schlagen vor, daß jeder Käufer nach dem Vorbilde anderer Städte eine Nummer erhalten solle. Dann sollten für bestimmte Nummern verschiedene Kauftage vorbehalten bleiben. — Eine etwas bessere Regelung durch Verteilung der Käufer auf mehrere Tage wird bei dieser Einrichtung vielleicht erreicht. Mehr aber auch nicht. Der Andrang, der in der Hauptsache auf die Zuführung der Lebensmittel zurückzuführen ist, wird dadurch nicht völlig behoben. Er ist nur durch genügende Einwirkung auf jene Quelle zu vermeiden.

— **Pferdefleisch statt Rindfleisch.** Die Arbeiterin Berta Bidder in Danzig kaufte beim Roßschlächter Münz Pferdefleisch zum Preise von 1,75 Mark und verkaufte es, zum Teil in Form von Klopsfleisch, als Rindfleisch zum Preise von 2,10 Mark weiter. Sie hat sich mithin des Betruges und der Nahrungsmittelfälschung schuldig gemacht. Das Schöffengericht erkannte wegen dieser Straftaten auf 75 Mark Geldstrafe.

* **Gummisauger gegen Geburtsschein.** Nach einer vom Bundesrat beschlossenen Verordnung müssen die aus dem Ausland eingeführten Gummisauger für Säuglinge an die Handelsgesellschaft deutscher Apotheker in Berlin (Hageda) geliefert werden. Die Verordnung steht im Zusammenhang mit verwaltungsmäßigen Maßnahmen zur Sicherstellung des Bedarfs und zur zweckentsprechenden und möglichst wohlfeilen Versorgung der Säuglinge mit Gummisaugern, die seit einiger Zeit an manchen Orten knapp geworden sind. Fortan werden sie in den Apotheken erhältlich sein. Durch Vermittlung der Gummi-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums und der Hageda werden die fernerhin im Inland zur Herstellung gelangenden und die aus dem Ausland eingehenden Gummisauger den Apotheken zur Abgabe geliefert werden. Dort sind sie zum Preise von 35 Pf. für das Einzelstück Inlandware käuflich. Ausländische Gummisauger werden voraussichtlich zum gleichen Preise erhältlich sein. Die Sauger dürfen regelmäßig nur gegen Vorzeigung des Geburtsscheines und nur für solche Kinder, die nicht über ein Jahr alt sind, abgegeben werden, und zwar aus Sparsamkeitsrücksichten für ein Kind das erstemal nicht mehr als zwei Sauger, fernerhin aber nur gegen Rückgabe der früher bezogenen, damit daraus neue gefertigt werden können. Säuglingsheime, Entbindungsanstalten und ähnliche Betriebe können ihren Bedarf an Saugern auch durch unmittelbaren Bezug von der Hageda decken. Die in einzelnen Verkaufsstellen etwa noch vorhandenen Gummisauger können daselbst bis zur Erschöpfung des Vorrats weiter abgegeben werden. Der Verkauf von Saugern aus Ersatzstoffen für Gummi ist nach wie vor freigegeben.

Damit alle Säuglinge, die eines Gummisaugers wirklich bedürfen, mit diesem tatsächlich versehen werden können und damit keine Vergeudung mit diesen Gummisachen getrieben wird, ist es dringend zu wünschen, daß die Gummisauger nur für Kinder, die sie unbedingt brauchen und auch nur so lange, als sie darauf angewiesen sind, verwendet werden, und daß die Gebrauchsanweisungen, die in den Apotheken bei Abgabe der Sauger mit verabfolgt werden, genaue Befolgung finden.

Danzig. Unbefangener Richter. Der „Danz. Ztg." entnehmen wir: In einer westpreußischen Kleinstadt wurde jüngst ein jüdischer, bisher unbescholtener Händler wegen Uebertretung der Marktpolizeiordnung vom Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, ein Fall, über den an sich nichts zu sagen wäre. In dem Erkenntnis dazu wird aber u. a. gesagt:

„Es ist gerichtsbekannt, daß die von dem Angeklagten und seiner Schwägerin getätigten verbrecherischen und mit allen Listen, deren jüdische Geschäftsleute überhaupt fähig sind, usw."

Mit Recht wird, wie man uns hierzu schreibt, diese Verallgemeinerung nicht bloß bei den jüdischen Mitbürgern des

---

Tiefe gegangen waren. Auf 17 Meter hatten wir uns befunden, als die Detonation erfolgte und unser Bug das Netz berührte. Immer klarer wurde mir der Zusammenhang, je länger ich darüber nachsann.

Beim Anprall gegen das Netz hatten wir dasselbe straff angezogen und dadurch die Zünder der Minen zur Betätigung gebracht, die auf der Tiefe, auf der ein U-Boot meistens fährt, in das Netz hineingeflochten waren. Hatten wir das Torpedoboot, das wir vor dem Tauchen gesichtet hatten, anzugreifen versucht, oder aus anderen Gründen noch kurze Zeit auf Sehrohr-Tiefe verweilt, dann waren wir in der Weise ins Netz hineingefahren, wie der Feind es gewünscht hätte, nämlich so, daß die Minen neben oder unter uns zur Explosion kamen.

So dagegen kam die Mine über uns zur Explosion und verpuffte ihre ganze Gewalt in der Richtung des geringsten Widerstandes, ohne uns mehr beizubringen, als den gewaltigen Schrecken und vielleicht einige Schönheitsfehler an den dünnen Blechteilen der Aufbauten.

Sicherlich frohlockte der Feind, der als Posten bei dem Netz auf der Lauer gelegen und zweifellos die Minenexplosion gesehen und gespürt hatte, über unsere Vernichtung und meldete in diesem Augenblick funkentelegraphisch an alle Welt: „Feindliches U-Boot in Netzsperre durch Minendetonation zerstört." Na, wie gern gönnten wir ihm die Freude, wenn er uns dafür in Zukunft in Ruhe ließ; denn wir hatten alle fürs erste genug.

*

„Der Kerl ist wohl verrückt", schrie ich auf. „Der will uns rammen. Beide Maschinen äußerste Kraft voraus! Hart Steuerbord!"

Aber es schien, als hätten wir die Gefahr zu spät erkannt. Der Schlepper hatte einen Vorsprung an Geschwindigkeit und kam rauschend und qualmend, wie eine wütende Bulldogge auf uns zu. Der Abstand zwischen uns und ihm, der anfangs gut zweihundert Meter betragen hatte, verringerte sich reißend schnell. Kaum fünfzig Meter war der schäumende Bug noch von uns entfernt. Uns sträubten sich die Haare unter der Mütze.

„Pistolen her, Gewehre!" rief ich in den Turm. Schnell wurden die Waffen, die stets geladen unter dem Turmluk hingen, heraufgereicht und mit [illegible] Schnellfeuer auf den immer näher und näher heranbrausenden Feind. Schon sah ich die verschlagenen, wasserblauen Augen des Kapitäns höhnisch blitzen und las die Freude in seinem grinsenden Gesicht. Teufel auch, er hatte Grund, sich zu freuen. Er kriegte uns, er mußte uns kriegen, denn er war schneller als wir und hatte die bessere Stellung. Immer näher und näher rückte der Moment, wo der klotzige, stählerne Bug sich in unsere Seite bohren mußte, und je näher das Verhängnis kam, um so wilder, aufgeregter schlugen unsere Herzen.

Zwanzig Meter, fünfzehn Meter! War denn kein Ausweg, keine Rettung möglich? Doch: Gröning, der ruhige, bedächtige Gröning wurde unser Retter. Er kniete neben mir auf der Plattform, hatte sein Gewehr im Anschlag und sandte Schuß auf Schuß nach dem nahen Ziel. Plötzlich kam ihm der rettende Gedanke.

„Der Rudergänger!" schrie er, und sprang auf, „alles auf den Rudergänger schießen!" In dem üblichen Mahagonihäuschen mit Glasfenstern ringsum stand an seinem Ruderrad der Steuermann der „Ormea" und suchte mit verbissenem Gesicht die Stelle aus, wo er uns tödlich treffen wollte. Ganz deutlich sehen wir den Mann in seiner ganzen Breite vor uns stehen.

Grönings rettendem Gedanken folgte augenblicklich die Tat. Wir ließen ab von dem sinnlosen Schießen auf den gefährlichen Bug, der uns mit magischer Gewalt angezogen hatte, und nahmen den Mann aufs Korn, der den Feind auf uns lenkte. Kaum war die erste Salve heraus, da: drüben ein gurgelnder Schrei, der Engländer warf die Arme hoch, fiel vorn über das Ruderrad, glitt seitlich zu Boden und riß, an den herrschenden Handgriffen hakend, im Fallen das Rad mit sich herum. Das Ganze war, wie ein Wunder, mir jetzt noch, wenn ich an jenen Augenblick denke, kaum faßbar. Es wurde die Rettung aus höchster, aus allerhöchster Not.

Der Bug, der uns vernichten sollte, war nur noch drei Meter von seinem Ziel entfernt, da riß ihn das hart nach Backbord gelegte Ruder herum, so daß er in die Luft stieß, ohne uns zu treffen. Der Steuermann, der von unseren Kugeln durchbohrt auf sein Ruderrad fiel und es herumriß, vernichtete selbst im Todesfall das fast gelungene Werk seiner Hände. Bezeichnend für die gefährliche Nähe des Schleppers, als das Ruder herumriß, ist, daß sein Heck im Drehen nicht mehr frei von uns kam, sondern hart an uns entlang strich und uns zum Andenken eine flache Beule in dem Tauchtank zurückließ.

Ortes, sondern im allgemeinen Unwillen erregen. Ein Richter sollte sich doch hüten, leichthin solche vagen Behauptungen aufzustellen.

Schuhreparaturen für Minderbemittelte

will der Magistrat, in der Hauptsache für Angehörige der Krieger, vermitteln. Er will dazu mit Schuhmachermeistern Verträge abschließen. Neben der Lieferung des Leders hat er für Besohlen eines Paares Herrenstiefel 1,80 Mark, für Damenstiefel 1,70 Mark und für Kinderschuhe 1,30 Mark. Einige Meister hatten für Herren- und Damenschuhe 2,50 Mark und für Kinderschuhe 1,60 Mark gefordert. Der am 14. August abgehaltene Verbandstag westpreußischer Schuhmacherinnungen beschloß, für Herren- und Damenschuhe 2,10 Mark und für Kinderschuhe 1,60 Mark.

Wir bemerken, daß der Magistrat keineswegs etwa allgemein die Erleichterung der Reparatur des Schuhzeuges durchführen will. Es soll stets eine sehr gründliche Feststellung der Verhältnisse vorausgehen und dann soll auch die Kriegerfrau zahlen. Die von uns genannten Sätze sollen durchaus nicht gegenüber dem Publikum, sondern nur zwischen den Handwerkern und dem Magistrat resp. der Kriegshilfe gelten.

Wann werden die Stiefel billiger?

Am 1. September treten neue Bestimmungen in Kraft über die Leder Bewirtschaftung. Diese Bestimmungen enthalten auch eine starke Herabsetzung der Lederpreise. Der Preis für Bodenleder, der im Winter 1915 eine Höhe von 15 Mark erreicht hatte, wird jetzt auf 7 Mark herabgesetzt. Dadurch ergibt sich schon von selbst die Berechtigung der Forderung, daß nun auch die Preise für Stiefel und Stiefelreparaturen erheblich herabgesetzt werden müssen. Die neuen Preise bleiben im allgemeinen nur etwa 10 Prozent über dem Friedenspreis. Deshalb ist es selbstverständlich, daß auch die Schuhwaren gleichwie ihre Reparaturen billiger werden müssen. Die Zentralbehörde ist denn auch gewillt, die Frage im Auge zu behalten und hält einen Preis von 4 bis 5 Mark für ein Paar Sohlen für durchaus angemessen. Es kann nicht angehen, daß die Schuhmachermeister nach dem Frankfurter Muster nun die Preise für Sohlen noch hinaufschrauben wollen, wenn die Verteilung für jeden die Zuteilung einer geringeren Menge Sohlenleder ergäbe als bisher. Wenn die Fabrikanten und die Schuhmachermeister ihre Erzeugnisse nicht den herabgesetzten Lederpreisen möglichst anpassen, dann will die Zentralbehörde mit Zwangsmaßnahmen vorgehen, um eine Herabsetzung der nachgerade unerträglich gewordenen Preise zu erreichen. Hoffentlich führt sie ihren Entschluß auch durch, denn es kann nicht angehen, daß die Frauen und Kinder der draußen für das Fortbestehen Deutschlands ihr Leben einsetzenden Krieger im Winter unter dem Schuh- und Stiefelmangel, den die wucherischen Preise für sie zeitigten, weiterhin so leiden dürfen, wie bisher.

* **Sichtvermerk auf Pässen.** Personen, die die Grabstätten Gefallener in den von Deutschen besetzten Gebieten Rußlands aufsuchen wollen, haben sich zunächst an das zuständige Generalgouvernement zu wenden. Ist von dort die Genehmigung eingetroffen, dann stellt die Paßbehörde des Heimatsortes einen Paß aus. Auf Grund des Passes erteilt das zuständige stellv. Generalkommando den Passierschein, der vor Antritt der Reise der Paßbehörde zur Ausstellung eines Sichtvermerks vorgelegt werden muß.

— **Aufbesserung der Unteroffiziere.** Das Kriegsministerium hat den Unteroffizieren des Friedensstandes Löhnungszuschüsse gewährt, die bei gemeinsamer Haushaltsführung mit der Familie sich zwischen 20 und 40 Pf. pro Tag bewegen, bei getrennter Haushaltsführung 1 bis 1,20 Mark betragen. Für jedes zweite und folgende Kind wird eine Zulage von täglich 10 Pf. gewährt.

* **Der Krieg und die Konkurse des Jahres 1915 in Ost- und Westpreußen.** Die große, aber auch schwere Zeit, in der wir jetzt leben, hat uns eine Menge aus der Not der Zeit herausgeborene Neuerungen gebracht, von denen nach dem Friedensschluß viele wieder verschwinden, andere aber auch dann noch in Kraft bleiben werden. Zu den letzteren gehört hoffentlich die Bestimmung über die Geschäftsaufsicht, die zur Vermeidung von Konkursen eingerichtet worden ist. Sie hat, wie die Statistik lehrt, ganz ausgezeichnet gewirkt. 1913 wurden im Deutschen Reiche zusammen 12 756 Konkurse angemeldet, 1914, das schon teilweise unter dem Zeichen dieser neuen Verordnung stand, brachte nur 10 480 und 1915 sogar nur 6511. Zieht man aber von diesen Zahlen die sich fast gleich bleibenden auf Nachlässe entfallenden Konkurse ab, dann erscheint die Verordnung in noch viel günstigerem Lichte. Auf Nachlässe kamen 1913 2268 Konkurse, 1914 2135 und 1915 2566. Bei Nachlässen, bei denen Fortsetzung des Geschäftes oder Haushaltes ausgeschlossen ist, hat ja die Geschäftsaufsicht auch keine Bedeutung. Dann bleiben an Konkursen noch übrig für 1913 10 488, für 1914 8345, für 1915 aber nur 3945. Die Konkurse haben sich also um mehr denn 60% verringert. Nun soll ja nicht in Abrede gestellt werden, daß jetzt viele Geschäfte künstlich gehalten werden, weil jetzt Konkursmassen nicht gut zu verwerten sind. Andererseits aber muß man auch in Betracht ziehen, daß die Zeiten für den größten Teil der Geschäftswelt außerordentlich ungünstig sind.

In Ostpreußen wurden 1913 329, 1914 266, 1915 aber nur 116 Konkurse beantragt, davon wurden 8 wegen Mangel an Masse abgelehnt, 42 entfielen auf Nachlässe, 61 auf Einzelpersonen und Einzelfirmen und 5 auf Gesellschaften Genossenschaften und Vereine.

Die Großstadt Königsberg ist daran beteiligt mit 22 Konkursen, wovon 3 wegen Mangel an Masse abgelehnt wurden. 13 entfielen auf Nachlässe, 8 auf Einzelfirmen und Personen und einer auf Gesellschaften.

In Westpreußen wurden 1913 273 Konkurse beantragt, 1914 257 und 1915 nur 123. Davon wurden 16 wegen Mangel an Masse abgelehnt. 37 entfielen auf Nachlässe, 82 auf Einzelpersonen und Einzelfirmen und 4 auf Gesellschaften, Genossenschaften und Vereine.

Die Großstadt Danzig ist daran mit 16 Konkursen beteiligt. Davon wurden 5 wegen Mangel an Masse abgelehnt, 5 fielen auf Nachlässe, 9 auf Einzelpersonen und Einzelfirmen und 2 auf Gesellschaften usw.

Welche ungeheuren Summen durch die Konkurse verloren gehen, mögen folgende Zahlen beweisen. Bei den beendeten Konkursen fielen an nicht bevorrechtigten Forderungen aus im Jahre 1913 in Ostpreußen 7 549 000, 1914 7 077 000, in Westpreußen 1913 5 131 000 Mk., 1914 3 948 000 Mk. und im deutschen Reich 1913 371 143 000 Mk. und 1914 257 445 000 Mk.

Schon aus diesen Zahlen kann man ersehen, wie notwendig eine gründliche Aenderung unseres gesamten Konkursrechtes ist, die sich auf eine ganze Reihe von Punkten erstrecken muß. Vor allen Dingen aber muß die so günstig wirkende Geschäftsaufsicht beibehalten werden.

Aus Westpreußen

Riesen-Schiebungen mit Getreide

Das Berliner Tageblatt machte am 15. August in der Nr. 415 folgende höchst überraschende Mitteilungen über vom Berliner Kriegswucheramt festgestellte riesige Schiebungen mit Getreide, die zwischen Westpreußen und Berlin erfolgt sind:

„Große Getreide-„Schiebungen" zwischen Westpreußen und Berlin beschäftigen schon seit zwei Monaten die Untersuchungs- und Strafbehörden. Ende Mai wurde in Berlin bekannt, daß sieben bis acht Berliner Futterhändler große Vorräte an Gerste und Roggen und Weizenmehl eingelagert hatten. Ueber die Herkunft dieser Waren hatten sie den Revisoren des Magistrats falsche Angaben gemacht. Sie verkauften das eingelagerte Getreide und Mehl zu Wucherpreisen weiter. Mit der Aufklärung dieses Handels wurde das Kriegswucherdezernat des Berliner Polizeipräsidiums betraut. Kriminalkommissar Lehnerdt und seine Beamten nahmen zahlreiche Durchsuchungen bei den Händlern vor und ermittelten, daß alles durch Schiebungen aus Westpreußen nach Berlin eingeführt worden war. In Westpreußen waren tausende Zentner Getreide aufgekauft und dann unter falschen Deklarationen nach Berlin geschafft worden. Nicht nur als Kartoffeln, sondern sogar als Maschinenteile hatte das Getreide seinen Weg nach Berlin gefunden, wo es mit einem Gewinnaufschlag von 300 v. H. verkauft wurde. Kommissar Lehnerdt fuhr nach diesen Feststellungen mit seinen Beamten nach Westpreußen, um das Treiben bis auf die letzten Verzweigungen an Ort und Stelle aufzudecken. Seine Nachforschungen dort bestätigten alles, was man in Berlin schon ermittelt hatte. Die Beteiligten hatten auch durch Zusatz von Hafer zu Gerste Gemengsel hergestellt, die noch gehandelt werden durften. In Berlin wurden dann die verschiedenen Bestandteile wieder getrennt. Die Zahl der Beschuldigten ist nach und nach auf etwa hundert gestiegen. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen, sondern ziehen immer noch weitere Kreise. Von den Beschuldigten sind mehrere von der Staatsanwaltschaft in Graudenz, andere von der Staatsanwaltschaft in Berlin verhaftet worden. Die übrigen sind, während auch gegen sie das Strafverfahren seinen Fortgang nimmt, auf freiem Fuße geblieben. Verhaftet sind mehrere Bahnhofsvorsteher, unter deren Beihilfe das Getreide unter falscher Deklaration abbefördert wurde. Auch mehrere Gastwirte spielen in dem Treiben eine Rolle. Bei einer Gastwirtsfrau in Westpreußen wurden 100 000 Mark beschlagnahmt, die zu den Schiebungen dienten. Die Aufdeckung war mit Schwierigkeiten verbunden und nahm geraume Zeit in Anspruch. Die Verladungen waren zum Teil nachts erfolgt und so der offenen Beobachtung entzogen. Es bestand ein ganzes Netz von Verbindungen, die von Berlin aus aufrecht erhalten und in Bewegung gesetzt wurden."

Der Umfang dieser Machenschaften läßt sehr verschiedenartige Schlüsse zu. Wer erinnert sich hierbei nicht gewisser, von einflußreichen Interessenten in Westpreußen gehaltener Reden?! Hoffentlich wird nun so rücksichtslos durchgegriffen, daß sich niemand der Sühne entziehen kann und eine Wiederholung auf anderen Gebieten ausgeschlossen wird.

Inzwischen ist auch der Leiter des Kriegsgetreideamtes des Kreises Tuchel, Berndt aus Tuchel, wegen Beteiligung an den Schiebungen verhaftet worden.

Den Danziger Neuesten Nachrichten wurde, wie das Blatt am 17. August schrieb, berichtigend mitgeteilt, daß z. B. die Verhaftung des Gastwirts Jäschke von Bahnhof Mendenau durchaus nicht großes Aufsehen erregt habe. Es habe vielmehr geheißen: Na endlich! Die Sache war nachgerade öffentliches Geheimnis geworden.

Mehrere Großmühlen und Gastwirtschaften sind geschlossen worden. Sehr stark wird auch der Bruder eines Kreissekretärs belastet. Dieser fuhr als amtlicher Getreideaufkäufer im Kreise umher und besorgte daneben noch die unerlaubten Privatgeschäfte.

Westpreußisches Dorfidyll.

Aus Stuhm in Westpreußen wird uns — schreibt der Vorwärts — über eine auffallende Freisprechung berichtet:

In dem Dorfe Rehhof im Kreise Stuhm sollten am 20. Mai Kartoffeln durch die Gemeinde an die Ortsbewohner verkauft werden. Der Verkauf wurde in einer Scheune vorgenommen. Den Verkauf leitete der Dorfschöffe und Waisenrat, Tischlermeister Emil Paurs. Hierbei kam es zwischen diesem und der einkaufenden Maurerfrau Veronika Koniecki zu einem lebhaften Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. P. hatte nämlich bei den Kartoffeln eine Scheidung vorgenommen: ein Haufen enthielt schlechte und verfaulte Kartoffeln, der andere gute ausgelesene. Als die K. sich weigerte, von den schlechten Kartoffeln zu kaufen, sagte P.: „Ihre Fresse wird später noch etwas ganz anderes fressen!" Dann erhielt die K. von P. einen kräftigen Stoß vor die Brust, auch wurde ihr Schürze und Rock von P. zerrissen. Nach Auslage von Zeugen wollte P. auch mit einer Forke auf die Frau losgehen. Infolge dieser Behandlung hatte die K. eine Fehlgeburt. Vom Schöffengericht Stuhm hatte Paurs wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung 20 Mark Geldstrafe erhalten. Die Strafkammer zu Elbing sprach ihn jedoch jetzt frei. Nach der Urteilsbegründung fehlte bei der Tat dem P. das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Er habe nur seines Amtes walten wollen, als er der K. den Stoß gab.

Wenn der Dorfschöffe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht hatte, so dürfte das Gericht ein auffallend niedriges Maß von Einsicht bei einem Dorfschöffen angenommen haben.

Elbing. Ein überraschter Landmann. Man schreibt der „Elbinger Zeitung: Dieser Tage hatte ein Landmann seine Kuh an den Viehhandelsverband abzuliefern. Ein Preis war ihm nicht genannt worden. Die Schätzungskommission hatte das Stück Vieh bewertet und ließ ihm nachher eine Anweisung über 1100 Mark aushändigen. Der Landmann las, schüttelte den Kopf, ging zu seinem Nachbarn und sagte ihm: „Das kann doch wohl nicht mit rechten Dingen zugehen!" Der Nachbar meinte: „Was die Herren schreiben, ist richtig; geh' auf die Kasse und hole dir dein Geld!" „Nein, das kann ich nicht; das ist doch undenkbar. Früher bekam ich für drei Kühe 1100 Mark, jetzt soll ich für eine Kuh denselben Preis erhalten? Ich bin ein anständiger Mann und will niemand unrecht tun." Der Nachbar tröstete ihn mit dem Hinweis darauf, daß jetzt alles teurer geworden ist und auch die Kühe mehr bringen. Mit Zagen ging dann der Landmann auf die Kasse und siehe da, man zahlte ihm wirklich 1100 Mark aus. Unser Landmann konnte aber darüber keine rechte Freude empfinden. Er glaubt noch heute, daß es eines schönen Tages darob noch etwas geben wird.

Elbing. Wöchentlich einen Zentner Roggen für die Schweine. Aus Eigennutz und um gute Geschäfte zu machen, verfütterte der Besitzer Heinrich Gärke in Harnau (Kreis Rosenberg, Westpr.) in jeder Woche — nachgewiesen ist ihm nur die Zeit vom 11. November 1915 bis Neujahr 1916, und wird er dies wohl schon länger getrieben haben — mehr wie einen Zentner guten Roggen an seine Schweine, außerdem erhielten diese noch gutes Roggenmehl, gemischt mit Kleie oder Hafer- und Gerstenschrot. Auch die Pferde bekamen täglich einen großen Korb voll Roggen in die Krippe geschüttet. Schon in der Weihnachtszeit konnte er sechs stattliche Borstentiere verkaufen. Allgemein fiel es den anderen Besitzern auf, daß G. bei der behördlichen Bestandsaufnahme recht wenig Getreide und Kartoffeln angegeben hatte. Schließlich wurde das Treiben des G. aufgedeckt. Vom Schöffengericht Rosenberg hat er 1000 Mark Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis erhalten, gegen welches Urteil sowohl G. als auch die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte. Die hiesige Strafkammer berücksichtigte die bisherige Unbestraftheit des 67jährigen Angeklagten und setzte die Strafe auf 500 Mark oder 50 Tage Gefängnis herab.

Elbing. Wildenten massenhaft. Wie die „Danziger Zeitung" mitteilt, wimmeln die Röhrichte längs des Elbingflusses und besonders diejenige des Ost- und Westwinkels des Frischen Haffs förmlich von Wildenten. Trotz dieser zahllosen Wildenten werden auf den Wochenmärkten sehr hohe Kriegspreise gefordert. Zahlte man vor dem Kriege für gute Bläßenten höchstens 1,50 Mark für das Stück, für Krickenten 70 bis 80 Pf., für Papchen und Taucher 60 Pf., so werden jetzt ohne Unterschied der Wildentenart 3 bis 4 Mark verlangt. — Es wird niemand behaupten wollen, daß an diesen Wucherpreisen etwa auch die „Produktionskosten" schuld sind.

Zoppot. Der verklagte Magistrat. Die Stadtverordneten von Zoppot verklagen den Magistrat. Die Stadtverordneten beschlossen, gegen den Magistrat die Beschwerde beim Regierungspräsidenten einzulegen und außerdem die Klage beim Bezirksausschuß zu erheben. Der Vorsitzende wurde beauftragt, einen Rechtsanwalt mit der Anstrengung der Klage zu betrauen. Der Magistrat hat einem Beschluß der Stadtverordneten, bei der Sparkasse 1200 Mark Vergütung für die bei den Geschäften der Sparkasse mitwirkenden besoldeten Magistratsmitglieder und 800 Mark für Hilfsarbeiter zu streichen, nicht zugestimmt und die Summe wieder eingesetzt. Aus dieser Streitfrage ist nun ein Kommunalkonflikt entstanden. Der Beschluß der Stadtverordneten wurde einstimmig gefaßt.

Zoppot. Die Spitzbuben im Badekostüm. Am 17. Juli erfolgte, wie wir mitteilten, im Nordbade in Zoppot die Verhaftung des Spitzbuben, Musikers Oskar Stempel, im Bademantel. Bald darauf wurde in Danzig sein Genosse, der Arbeiter Otto Redmann verhaftet, während ein dritter noch nicht gefaßt ist. Die beiden Genannten standen Dienstag vor dem Zoppoter Schöffengericht unter der Anklage des Diebstahls von über 500 Mark aus einer Badezelle (am 12. Juli) und eines versuchten Diebstahls (am 17. Juli). Sie erhielten je drei Monate Gefängnis.

Konitz. In der Gefängniszelle erhängt hat sich die wegen Raubüberfalles an dem Rendanten Boeck verhaftete Schlosserfrau Lange. Die Tochter der Eheleute Lange, mit einem Eisenbahn-Lokomotivheizer verheiratet, ist ebenfalls verhaftet worden. Auf das Konto dieser Familie schreibt man eine große Menge von Einbruchsdiebstählen — man spricht von über 30 —, die zum Teil schon lange Zeit zurückliegen. Es ist anzunehmen, daß die Familie den größten Teil der Hochzeitsausstattung der Tochter zusammengestohlen hat.

Dirschau. Streitbare Russen. Zwei bei dem Besitzer Klemp in Gardschau zu Erntehilfsarbeiten beschäftigte Russen gerieten in Streit, der nach kurzer Zeitspanne in Tätlichkeiten ausartete. Der eine mit Getreidemähen beschäftigte Russe drohte seinen Arbeitskollegen mit der Sense zu erschlagen. Im Begriff, das Wort in die Tat umzusetzen, streckte der durch den Angreifer Bedrohte in seiner Angst beide Arme empor. Der Sensenhieb traf nach den „R. W. M." den Unglücklichen in beide emporgestreckte Arme und war so stark ausgeführt, daß beide Arme bis auf die Knochen durchschnitten wurden.

— **Der ahnungslose Gemeindevorsteher.** Der Gemeindevorsteher R. in W. ließ ohne Genehmigung des Landrats eine Fuhre Kartoffeln (17 Zentner) nach Elbing bringen und verkaufte sie hier in Haushaltungen, von denen die Kartoffeln bestellt waren. Vor dem Elbinger Schöffengericht erklärte er, die Verordnung als Gemeindevorsteher nicht gekannt zu haben. „Wer kann alle Verordnungen kennen!" sagte R. zum Gerichtsvorsitzenden. Als dann dem R. das Urteil verkündet wurde, das auf 20 Mark Geldstrafe (!) oder 4 Tage Gefängnis lautete, rief er, er würde lieber in Zukunft die Kartoffeln an die Schweine verfüttern, als in die Stadt bringen.

Aus der Partei

— **Bezug der „Partei-Korrespondenz".** Aus einigen Wahlkreisen wird uns mitgeteilt, daß die Organisationsleitungen in letzter Zeit die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" an die bisherigen Bezieher nicht mehr liefern, wohl weil sie den von ihnen einseitig informierten Genossen das in der „Partei-Korrespondenz" enthaltene, zur Beurteilung der politischen Vorgänge im In- und Auslande wichtige und notwendige Material vorenthalten wollen. Der Parteivorstand ist überzeugt, daß die von dieser Maßregel betroffenen Genossen mit einer solchen Bevormundung nicht einverstanden sind, und ist deshalb bereit, Parteifunktionären, die bisher die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" bezogen haben, sie jetzt aber nicht mehr erhalten, dieselbe weiterzuliefern. Wir ersuchen die betreffenden Genossen, ihre Adresse an die Expedition der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz", Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, III. Hof, 4 Treppen, aufzugeben, damit für die weitere Lieferung der „Partei-Korrespondenz" Sorge getragen werden kann.

Berlin, den 4. August 1916. — **Der Parteivorstand.**

Zu den Wahlen in Warschau

schreibt die Königsberger Volkszeitung sehr treffend:

Ueber das Ergebnis der Wahlen zum Warschauer Stadtrat hat die Parteipresse bereits kurz berichtet. Es sei hier nur hervorgehoben, daß die Warschauer Arbeiterorganisationen zu den Wahlen eine ungeheure Energie entfaltet und dabei leider nur einen äußerst geringen Erfolg erzielt haben. Unter den 90 Abgeordneten des Stadtrats zählt die Sozialdemokratie bloß zwei ihrer Vertreter; einen Kandidaten des Wahlblocks des „Bund" und der P. P. S. und einen der Oppositionsgruppe der Polnischen Sozialdemokratie. Die anderen zwei Sozialisten, die gewählt worden sind, vertreten den rechten Flügel der P. P. S., der sich restlos in den Dienst des polnischen Nationalismus gestellt hat und als eigentliche Arbeiterpartei — zunächst wenigstens — nicht in Betracht kommt.

Dieser Mißerfolg ist ausschließlich dem elenden Fraktionswirrwarr und der ungemein gehässigen Parteipolemik der russisch-polnischen Organisationen zuzuschreiben. Eine gemeinsame Wahlaktion war nicht durchzusetzen. Ebenso wie im Herbst 1912, zu den Wahlen der vierten Reichsduma, — wie erinnerlich siegte damals der Kandidat der P. P. S. und des „Bundes", Genosse Jagiello — gelang auch jetzt bloß eine Vereinigung dieser beiden Parteien, ein Schritt, der gewiß in jeder Hinsicht begrüßt werden muß. Die beiden Bruchteile der Polnischen Sozialdemokratie, die einander heftig befehden (auf der einen Seite Rosa Luxemburg, Warski, Karski, auf der anderen Radek), gründeten anfangs zwei besondere Wahlbureaus; hart vor den Wahlen vereinigten sie sich, schlossen sich aber dem Wahlblock der P. P. S. und des „Bund" nicht an.

Aus dem Mißerfolg wird die Arbeiterklasse Polens hoffentlich bei künftigen Gelegenheiten ganz gleich wie die Geschicke Polens sich gestalten werden — die einzig möglichen Konsequenzen ziehen.

— **Die Verständigungskonferenz.** Aus Nürnberg wird dem „Vorwärts" berichtet: Die freie Zusammenkunft von Parteigenossen verschiedener Richtungen, die am Sonntag in Nürnberg stattfand, war eines Sinnes in der Notwendigkeit, den Streit in der Partei zu begrenzen und auf kameradschaftliche Art der Auseinandersetzungen dort, wo sie notwendig sind, einzuwirken. Die versammelten Parteigenossen haben eine Reihe von Vorschlägen erwogen, deren Verwirklichung in der nächsten Zeit geplant ist. Diese Vorschläge sollen einem weiteren Kreise von Parteigenossen vorgelegt werden. Die Zusammenkunft, die keine Sonderkonferenz darstellt — sie war sowohl von Anhängern der Fraktion, wie der Arbeitsgemeinschaft besucht — ist überzeugt, daß ihr Bemühen in den weitesten Kreisen der Parteigenossen kräftige Unterstützung finden wird.

— **Gefährliches Treiben.** Der mitunter aus polizeilicher Quelle gespeiste „Berliner Lokalanzeiger" teilt unter obiger Ueberschrift mit:

„Unter diesem Stichwort haben sozialdemokratische und bürgerliche Blätter erst vor kurzem vor gemeingefährlichen Flugschriften gewarnt, die von anonymen Verfassern verbreitet wurden, um für eine gewaltsame Herbeiführung des Friedens Stimmung zu machen. Der Berliner Polizei ist es nunmehr, wie unser hd.-Berichterstatter erfährt, gelungen, in dieses lichtscheue Treiben durch eine Reihe von Ausweisungen und Festnahmen hineinzuleuchten und als Hersteller mehrerer solcher anonymen Druckschriften eine hiesige kleine Druckerei in der Oranienstraße zu ermitteln, deren Inhaber noch nebenbei in einer hiesigen Fabrik zu arbeiten pflegt, und in der sonst das Anarchisten-Organ „Der freie Arbeiter" gedruckt worden war. Als Auftraggeber dieser Drucksachen mit irreführenden Preßvermerken wie „Schweizerische Genossenschaftsdruckerei Bern" oder „Eugen Doske u. Co., Dorenburg" wurde ein Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Preßbureaus und als Vertreter ein Schriftführer des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend festgenommen, die beide auf dem Boden der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen. Der Drucker, der Besteller und der Verbreiter sind nach eingehenden Feststellungen dem Staatsanwalt zugeführt worden und stehen strenger Bestrafung entgegen."

Das Kriegsziel Mehrings

In der „Leipziger Volkszeitung" widmet Genosse Mehring dem beginnenden dritten Kriegsjahr einen längeren Artikel, der wohl starke Ausfälle gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion enthält, aber doch ein Kriegsziel proklamiert, das von dieser Mehrheit sicher durchweg gebilligt werden wird. Er schreibt nämlich:

Die deutsche Arbeiterklasse will den Frieden nicht schlechthin, nicht um jeden Preis, gewiß nicht um den Preis einer Niederlage. Wie könnte sie dazu, die dem Kriege die schwersten Opfer gebracht hat, den Sieg des Fremden zu wünschen, mit dem teuren Blute von Hunderttausenden ihrer Klassengenossen die Aecker des englischen Imperialismus oder des russischen Despotismus zu düngen? Sie will den Frieden, der sowohl ein Lebensinteresse des deutschen Volkes wie der ganzen gesitteten Menschheit ist, den Frieden, der jeder der kämpfenden Nation gestattet, sich mit ihm zu bescheiden.

Das ist eine Annäherung Mehrings an die Politik der Fraktionsmehrheit, die verzeichnet zu werden verdient.

— **Eine Kundgebung in Bielefeld.** In Bielefeld fand am Montag abend im Saal und Garten der Zentralhalle eine Volksversammlung statt, die von 3500 bis 4000 Männern und Frauen besucht war. „Am Vorabend des dritten Kriegsjahres" lautete die Tagesordnung. Redakteur Severing und Parteisekretär Konrad referierten. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Die Versammlung erwartet von der Regierung, daß sie jede Gelegenheit ergreift, die zum Abschluß eines baldigen ehrenvollen Friedens geeignet ist. Solange die Feinde Deutschlands den Frieden nicht wollen, kann es kein Nachlassen unserer Verteidigung geben. Ist aber Deutschlands Unverletzbarkeit gesichert und sind die Gegner zum Frieden geneigt, dann darf der Abschluß des Friedens um keinen Tag verzögert werden durch Forderungen und Ansprüche, die den Beginn neuer Kriege in sich tragen und unser Land nicht stärken, sondern schwächen. Von den friedensfreundlichen Volksschichten in den anderen Ländern, insbesondere von den Sozialisten der kriegführenden Länder, erwartet die Versammlung eine Willenskundgebung des gleichen Sinnes."

Ludwig Frank.

Der Artikel über die Beschimpfung Ludwig Franks in der Generalversammlung von Groß-Berlin hat, schreibt die Berliner Fackel in ihrer neuesten Nummer 7, uns eine Reihe von Mitteilungen eingetragen von Genossen, die noch hier in dem gewohnten Arbeitsverhältnis stehen, aber zahlreicher noch von Genossen aus dem Felde. Alle sind sie voll Empörung über die Roheit der Gesinnung, die in dieser Schmähung Franks liegt und geben ihrer Auffassung zum Teil in drastischen Worten Ausdruck.

Einen Irrtum aber müsse wir doch richtig stellen. Jener Beschimpfung ist widersprochen worden. Genosse Eugen Ernst hat in seinem Schlußwort die Aeußerungen Barths als Kennzeichen der Verrohung der parteipolitischen Sitten gebrandmarkt. Es bleibt somit nur die Tatsache bestehen, daß von den zahlreich zu Wort gekommenen Rednern der Opposition niemand, ob Haase — der Frank in der Fraktion noch einen tiefergreifenden Nachruf gehalten hatte —, ob Ledebour, Hoffmann und wie sie sonst heißen, niemand ein Wort der Entrüstung und Zurückweisung über die in ihrer Gegenwart vollzogene Leichenschändung fand.

— **Clara Brauns Vermächtnis.** In ihrem Testament hat Clara Braun einen letzten Gruß an das Leben gerichtet. Er lautet: „. . . Ich habe niemals aufgehört, trotz der ungeheuern Härte meines Schicksals, das Leben und mit vollster Ueberzeugung auch das Leiden zu bejahen. Allem, was ich erfuhr, sei es noch so schwer gewesen, bin ich dankbar, denn alles hat letzten Endes meine Kraft gestärkt, meine Entwicklung gefördert. Und über alle Abgründe meines Lebens leuchtete mir immer das größte, das einzige Glück des Weibes: mein Kind und meine Liebe."

— **Vertagung des Liebknecht-Prozesses.** Der Prozeß Liebknecht, der zu Mittwoch, den 16. August anberaumt war, ist jetzt, da der Vertreter der Anklage noch einige Schriftsätze zu erledigen hatte, bestimmt auf den 23. August, vormittags 9 Uhr, angesetzt worden.

— **Im Aufruhrprozeß Crispin und Genossen** in Stuttgart wurde Sonnabend das Urteil gefällt. Crispin wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon ein Monat für die Untersuchungshaft abgeht. Redakteur Hoernle und Frau erhielten vier bezw. drei Wochen Gefängnis, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Soziales

Die Mitgift nach dem Kriege.

Der bekannte französische Akademiker Eugen Brieux, der Autor der „Roten Robe", beschäftigt sich mit sozialen Problemen, die sich nach dem Krieg ergeben werden. Er wirft im Pariser Journal die Frage auf, ob die Mitgift der Frau nach dem Kriege nicht eine noch größere Rolle als bisher spielen wird. Er schreibt unter anderem:

„Die heiratswilligen Männer mit heilen Gliedmaßen werden sich nach dem Kriege entschieden in der Minderzahl befinden und nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ihre Anforderungen höher schrauben. Werden sie mehr Tugenden oder mehr Goldfüchse beanspruchen?. Ich hörte, wie eine Mutter, die im Juni 1914 ihre Einwilligung gegeben hatte, daß ihr Sohn ein Mädchen mit einer nur bescheidenen Mitgift heiratete, diese Einwilligung unter der Begründung zurückzog: „Mein Sohn hat das Kriegskreuz und das Kreuz der Ehrenlegion. Er ist jetzt mehr wert."

Schon einmal bin ich gegen die Mitgift zu Felde gezogen. Habe ich jetzt noch ein Recht dazu? Die Mütter und Töchter mögen die Frage entscheiden. Denn wie jedes Ding hat auch dies seine zwei Seiten. In England, in Amerika wird nicht auf die Mitgift der Braut geachtet. Dem Anschein nach wenigstens nicht. Denn selbstverständlich bringt die Tochter aus reichem Hause mehr in die Ehe als ein Mädchen aus den anderen Ständen. Aber der Mann übernimmt doch die volle Verantwortung für die Führung des gemeinsamen Haushalts, rechnet nur mit seiner eigenen Energie und Erwerbsfähigkeit. Und entschieden liegt mehr männliche Würde darin, daß er sich für imstande erklärt, Weib und Kinder zu ernähren. Bei den nicht zivilisierten Völkern kauft sich der Mann die Frau. Bei den überzivilisierten Völkern kauft sich die Frau den Mann. In gesunden Volksverbänden kauft keiner den andern, schließt die Liebe allein die ehelichen Verbindungen. Wenn der Mann zartfühlend und ritterlich denkt, ist ihm die Mitgift peinlich. Wenn er aber das Gegenteil davon ist — wie ist da, wenn die Unsitte der Mitgift sich einbürgert, die Stellung der Frau, die keine besitzt! . . .

Der Honigmond dauert nicht ewig. Eines Tages schreit es der brutale Gatte im Zorn heraus: „Da ich dich ernähre, bist du von mir abhängig, meine Dienerin, meine Sklavin!" Der gebildetere Mann sagt dasselbe auch ohne viel Worte mit seinen Mienen, seinen versteckten Andeutungen. Die Frau von früher nahm das geduldig hin, die von heute nicht mehr. Wie draußen im Leben, so zeitigt auch am häuslichen Herde das Geld Feindschaft. Eine Kluft tut sich überall da auf, wo nur der eine Teil Geld hat, nur der eine Teil erwirbt und der andere bloß entgegennimmt. Die stummen Vergleiche, die heimlich angestellten Berechnungen, die unedeln Vorwürfe verschwinden nur, wo Gleichheit auch in dieser Beziehung herrscht. Die Unsitte der Mitgift verletzt das Empfinden; die Abschaffung der Mitgift benachteiligt die Frau in der ehelichen Gemeinschaft. Wer weiß einen Ausweg? Ließe es sich wirklich durchsetzen, daß keinem Mädchen mehr eine Mitgift mitgegeben werden dürfte? Oder wie läßt sich verhindern, daß die an Zahl stark herabgeminderten heiratsfähigen Männer die ihnen günstige Konjunktur ausnutzen und ihren Wert auf dem Heiratsmarkt aufschnellen lassen? „Mein Sohn ist jetzt mehr wert!" Dieses eine Wort schließt eine Welt noch unausgesprochener Gedanken und Empfindungen ein." . . .

Literatur

— **Bücher aus der Kriegszeit** (Juli 1914 bis Juni 1916). Nachtrag zum Bücherverzeichnis „Was sollen wir lesen" und zum „Handbuch für Arbeiterbibliothekare". Wien 1916. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Humpendorferstraße 18. 32 Seiten.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene 19. Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Heinrich Schulz: Der vierte August. Hermann Kranold: Die Pariser Beschlüsse. A. Tosi: Zehn Jahre Volksvertretung in Rußland (I. Teil). Julianus: Russische Praktiker in Polen. Joseph Schwarz-Budapest: Wer wollte den Krieg. Glossen: Von der Unmöglichkeit der Kriegsdichtung; Organismus und Mechanismus; Der Krieg wäre längst zu Ende. Die Wache. — Einzelhefte 20 Pfg., vierteljährlich 2,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Jahrgang XXVI Nr. 18. Erscheint alle 14 Tage einmal. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Preis pro Nummer 10 Pfennig, Abonnementspreis pro Vierteljahr 65 Pf., pro Jahr 2,60 Mark.

Briefkasten der Redaktion

Erklärung.

In der Briefkastennotiz „Genosse W." vom 12. August wird unter anderm gesagt: „Es ist natürlich wieder glatt erlogen, daß jemand von der Genossin Cen Briefe gefordert hat." Mir ist bekannt, daß dieses Urteil sich auf die Behauptung eines auswärtigen Blattes bezieht, die folgenden Wortlaut hat: „Gehl und Bartel forderten zu wiederholten Malen von der Genossin Cen die Auslieferung des Schreibens (von Gottschalk), weil sie daraus gegen den zur Minderheit gehörenden Gottschalk Kapital schlagen wollten."

Hierzu erkläre ich, daß Genosse Bartel mich niemals zur Auslieferung des Schreibens aufgefordert hat. Gehl hat mich einmal schriftlich „im Interesse der Partei um eine Abschrift ersucht", weil der Bezirksvorstand, dem auch ich angehöre, zu den Vorgängen in der Partei Stellung nehmen wollte. Das Blatt, das jene Behauptung aufgestellt hat, habe ich um Richtigstellung ersucht.

Käte Cen.

Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine"

Zigarette 2½ Pfennig

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten Ihre alten anerkannten Qualitäten!

[297]

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Dresden-A.

Zigarettenfabrik.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähahle Stepperin D.R.G.M.

Solide, beste Konstruktion. Naht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadelsortierung und Leinenzwirn, verpackt und postfrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch

Joh. Zucker

Stuttgart-Botnang.

Louis Mosberg

Bielefeld 3

Spezialfabrik

für Berufskleidung.

Wo in Ost- und Westpreußen keine Verkaufsstellen, dahin direkter Versand. Verlangen Sie meine Preisliste gratis und frei. Ihren Bestellungen wollen Sie bitte Bezugsschein beifügen. Ohne Bezugsschein liefere: Hosen über 18,00, Jackettes über 32,00.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg.

Eine Rede von Ph. Scheidemann gehalten in einer Breslauer Volksversammlung am 20. Juni 1916.

Preis 20 Pfennig.

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32.

linnt, ja noch mehr, sie sind immer noch Sozialisten. „Kreuzzeitung", Heydebrand und Westarp sind sich darin einig, daß die Sozialdemokratie nach wie vor mit aller Schärfe bekämpft werden muß. Nur auf das Schlagwort „antinational" will man fürder verzichten!

— **Politische Gleichberechtigung bedeutet Ruin des Staates.** In Hamburg ist vor einiger Zeit eine vielbeachtete Schrift, unter dem Pseudonym „Hutten" erschienen, in der die politische Gleichberechtigung des ganzen Volkes gefordert wird. Gegen diese Forderung wendet sich die „Post", weil ihre Erfüllung zum Ruin des Staatswesens führen müßte. Zum Beweise dafür wird das alte römische Reich angezogen! Der fragliche Passus in dem Artikel lautet:

„Eines der Völker, die es in der politischen Organisation am weitesten gebracht haben, sind die Romer. Sie fanden nicht allein für die mit dem Schwerte unterworfenen Volksgenossen eine Abstufung der Rechte und der Pflichten des einzelnen dem Staate gegenüber, die wir sogar heute noch nur mit der größten Bewunderung betrachten können. Auf dieser Abstufung beruhte die Kraft der einzelnen Stände und Klassen, auf ihr beruhte auch der gewaltige Aufschwung, den das römische Reich erlebte. Als diese Abstufung einer allgemeinen Gleichmacherei weichen mußte, war es auch mit Roms Größe zu Ende."

Wie man sieht, ist der „Beweis" etwas weit hergeholt. Die Gelehrten der „Post" vergleichen einfach den modernen Industrie- und Handelsstaat der Gegenwart mit dem antiken Staat des Altertums. Wenn diese Altertumsforscher etwas weiter zurückgreifen, dann werden sie mit dem Ergebnis ihrer Altertumsforschungen so ziemlich jede Frage bekämpfen können, die in der Neuzeit aufgerollt wird. Einer solchen Beweisführung gegenüber müssen Vernunftgründe selbstverständlich versagen.

Die Richtlinien Bethmann Hollwegs.

Der Vorstand des Liberalen Vereins zu Danzig hatte, wie der „Berliner Börsen-Courier" mitteilt, an den Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei eine Entschließung gesandt, die dahin ging, die Partei möge im Sinne der von dem Reichskanzler gezogenen Richtlinien in der Friedensfrage wirken und sowohl den bedingungslosen Pazifisten wie den uferlosen Annexionisten entschieden entgegentreten. Von dieser Entschließung war auch dem Reichskanzler selbst Kenntnis gegeben worden. Daraufhin ist nun dem Vorsitzenden des Vereins, Stadtrat Neumann, folgendes Schreiben zugegangen:

„Berlin, den 8. August 1916.

Euer Hochwohlgeboren und dem Herrn Abgeordneten Dr. Herrmann sage ich verbindlichen Dank für die freundliche Mitteilung der an den Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei gerichteten Entschließung vom 25. Juli, in der der Vorstand des Liberalen Vereins zu Danzig den Richtlinien der von mir vertretenen Politik zustimmt.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Euer Hochwohlgeboren
ergebener
von Bethmann Hollweg."

Daß der Reichskanzler eine solche Kriegszielpolitik vertritt, hat er wiederholt betont.

— **Intensiver Druckschriftenvertrieb.** Die „Freisinnige Zeitung" schreibt: „Auch die Denkschrift des ehemaligen Generallandschaftsdirektors Kapp-Königsberg „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler", die in der Rede des Kanzlers vom 5. Juni eine gewisse Rolle spielte, wird von den „drei Deutschen" in einer gedruckten Neuauflage verbreitet. Auch diesmal scheinen die „drei Deutschen" ihren Vertrieb recht „geschickt" einzurichten, indem sie die Druckschrift aus verschiedenen Ortschaften versenden. So hat sie ein Berliner Bezirksverein aus Kray erhalten. Uns ging das Exemplar aus Lübeck zu. (Die Broschüre von Junius alter hatten wir aus Braunschweig erhalten.) In der Einleitung erklären die drei dunklen Ehrenmänner, die über viel Geldmittel zu verfügen scheinen, daß sie die Denkschrift Kapps ohne dessen Wissen neu aufgelegt haben." — Auch diese Nachricht ist ein weiterer Beweis dafür, mit welcher Zielsicherheit und Energie die Vertreter der „schärferen Tonart" zu Werke gehen, um ihren Bestrebungen Geltung zu verschaffen. Sie begnügen sich nicht damit, daß eine weitverbreitete Presse tagein tagaus unermüdlich in ihrem Sinne tätig ist. Sie suchen auch die für sie übrigens recht milden Schranken der öffentlichen Aeußerung zu umgehen, indem sie einen massenhaften „illegalen" Druckschriftenvertrieb im ganzen Reich organisieren.

Vom Eifer der Annexionspolitiker.

Wie sehr die „Deutsche Tageszeitung" für Annexionen Propaganda macht, zeigt, daß sie selbst die Presse des neutralen Auslandes nach Bemerkungen absucht, die sich in ihrem Sinne ausnützen lassen. So druckt sie aus dem Stockholmer „Aftonbladet" folgende für die Bestrebungen der „Deutschen Tageszeitung" kennzeichnenden Sätze unter der Ueberschrift „Unmöglichkeit der Wiederherstellung Belgiens und Serbiens" ab:

„Die Ursache, daß noch keiner von den Kämpfenden nach zweijährigem Kriege etwas von Friedensvermittlung wissen will, liegt zum Teil auch darin, daß sich die politischen Verhältnisse während des Krieges selbst viel mehr verschoben haben als die militärischen. Wenn die Verbandsminister den Friedensschluß von der Wiederherstellung Belgiens und Serbiens abhängig machen, so ist das hinsichtlich Serbiens eine Unmöglichkeit; Serbien ist als politischer Machtfaktor durch den Krieg beseitigt. Auch sonst hat sich die Balkanfrage zu einem vollständigen Siege der Mittelmächte entwickelt.

Im Westen sind Englands jahrhundertelange Anstrengungen, Antwerpen nicht in die Hände einer Festlandsgroßmacht fallen zu lassen, gescheitert. Die Deutschen haben ferner die flandrische Küste zu einem Stützpunkt gegen England ausgebaut und der flandrischen Bevölkerung große Zugeständnisse gemacht.

Die größte Umwälzung aber hat die politische Lage im Osten dadurch erfahren, daß Kongreßpolen, Kurland, Wilna, Grodno usw. vom russischen Joch befreit worden sind. Die Polen haben sogar in letzter Zeit erstrebt, selbständig am Kriege gegen Rußland teilzunehmen."

Die Absichten, die die „Deutsche Tageszeitung" mit dem Abdruck der vorstehenden Zeilen verfolgt, wird durch die Tatsache noch besonders beleuchtet, daß das Zitat aus den „Nachrichten der Auslandspresse" stammt. Dort trägt es freilich nur die Ueberschrift „Die politischen Erfolge der Mittemächte".

Eine neutrale Konferenz

von Friedensfreunden aus neutralen und auch kriegführenden Ländern fand in Stockholm statt. Am Mittwoch beschloß sie folgende Resolution:

An den Tage, da der Krieg zwei Jahre gedauert hat, wünschen wir unterzeichnete Bürger von kriegführenden und von neutralen Staaten eine gemeinsame Erklärung abzugeben, die unseren festen Glauben an eine bessere Zukunft bezeugen soll. Trotz des durch den Krieg hervorgerufenen Hasses glauben wir, daß die Entwicklung der Menschheit sich nicht in der Richtung einer dauernden Feindschaft und Eifersucht zwischen Nationen bewegen wird, sondern vielmehr in derjenigen der Verständigung und des friedlichen Zusammenwirkens. Wir glauben an die internationale Zusammenarbeit auch in dem Sinne, daß die Völker jeden Versuch ablehnen werden, diesem Krieg einen wirtschaftlichen Krieg folgen zu lassen, daß im Gegenteil die Völker für jede Nation die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte zu fordern wünschen. An Verständigung glauben wir in dem Sinne, daß die Völker sich weigern werden, je wieder die Politik der Wettrüstungen zu unterstützen, die, wo nicht Haß und Feindschaft, so doch gegenseitiges Mißtrauen erzeugt. Wir verurteilen die Meinung, daß Macht, nicht Recht der entscheidende Faktor in der internationalen Politik sein soll. Wir wissen wohl, daß auch in einer besseren, von dem Geiste der Verständigung und des gemeinsamen Schaffens durchdrungenen Zukunft die Streitfragen zwischen Völkern nicht verschwiegen werden, aber wir haben den festen Glauben, daß es möglich sein wird, eine zwischenstaatliche Organisation zu schaffen, die imstande ist, die Beilegung aller Zwistigkeiten auf friedlichem Wege herbeizuführen. In diesen Tagen der Trübsal möchten wir feststellen, daß trotzalledem kein Grund zur Verzweiflung vorliegt und daß die ganze Kulturmenschheit immer entschiedener die Verwirklichung der Rechtsorganisation der Staatengemeinschaft verlangt, welche die Freiheit und die Rechte aller Völker sichert und Wettrüstungen und Hindernisse für ihre friedliche und ökonomische Entwicklung beseitigt, und wir geloben unsererseits, mit neuer Energie für diese Grundsätze einzustehen, jeder in seinem Lande zum zukünftigen Wohle und Segen der ganzen Menschheit.

Der Aufruf ist von einer großen Zahl hervorragender Männer und Frauen aus Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz unterzeichnet.

Frankreich.

— **Die Resolution der sozialistischen Minderheit.** Aus Bern meldet das W. T. B.: „Humanité" veröffentlicht die gestern von der französischen Zensur unterdrückte Resolution der Minderheit des Landesausschusses der sozialistischen Partei Frankreichs. Sie spricht davon, daß die Völker den Frieden herbeisehnten, die für den Krieg verantwortlichen Regierenden ihn aber fortsetzten und über die Kriegsziele beharrlich nur allgemeine Worte und doppelsinnige Redensarten machten. Sie gibt der berechtigten Unruhe über die herausfordernde Rede Poincarés in Nancy und über die Ansprüche des russischen Imperialismus Ausdruck und verlangt, die französische Regierung solle unverzüglich ihre und ihrer Verbündeten Kriegsziele bekanntgeben und jeden Vermittlungs- oder Schiedsgerichtsvorschlag günstig aufnehmen.

Volksernährung

Deutschlands Wirtschaftsbilanz.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen mehrere Spalten umfassenden Artikel, der eine Wirtschaftsbilanz Deutschlands seit Ausbruch des Krieges darstellt. Der Artikel betont zunächst, daß England noch immer an dem Gedanken festhält, daß Deutschland und seine Verbündeten aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Gebieten nicht die Kräfte ziehen können, um einen den Krieg Jahre hindurch erfolgreich durchzufechten, und ferner gleichfalls Jahre hindurch das wirtschaftliche Gleichgewicht seiner Zivilbevölkerung einigermaßen aufrechtzuerhalten, und um endlich am Kriegsschluß und nachher noch zu weltwirtschaftlicher Betätigung fähig zu sein. Diese Auffassung Englands wird nun in dem Artikel eingehend zu widerlegen versucht. Es wird gesagt:

„Als hier vor etlichen Wochen die beispiellos ungünstigen Ziffern der Ernte von 1915 mitgeteilt wurden, wiesen wir darauf hin, daß in jenen Zahlen der unumstößliche Beweis des Scheiterns des britischen Aushungerungsplanes nicht nur für dies Jahr, sondern für jede mögliche Kriegsdauer enthalten sei. Denn ein kleinerer Ertrag des deutschen Ackers, als der vorjährige, ist auch bei stärkster Ungunst der natürlichen Voraussetzungen nicht zu erwarten; und mit dieser Minimalernte sind wir durchgekommen, aus ihr haben wir noch erhebliche Zubuße für die von den zurückflutenden Russen zerstörten Besetzungsgebiete des Ostens abgegeben, die sich schon vom kommenden Herbst ab selbst vermehren, uns nach Deckung ihres eigenen Bedarfs vielleicht sogar gewisse Mengen zurückerstatten können. Die deutsche Ernte wird zum mindesten eine gute Mittelernte sein, das heißt sie wird mehrere Millionen Tonnen mehr in unsere Scheunen liefern als die letzte."

Die Behauptung eines englischen Blattes, daß wir unser Vieh schrittweise aufzehren, wird zurückgewiesen und betont, daß wir eine glänzende Futterernte haben und daß uns allein an Gerste mindestens eine Million Tonnen mehr zur Verfügung stehen wird als im Vorjahre, und daß nach den nunmehr abgeschlossenen Vorarbeiten in der nächsten Wirtschaftsperiode mehrere Hunderttausend Tonnen hochwertiger Kraftfuttermittel aus Stoffen erzeugt werden, die bisher zum Teil als gänzlich wertlos galten. Im übrigen — wenn das deutsche Volk durch den Hungerkrieg in tief eingreifende, seine Gesundheit und Lebenskraft schädigende Entbehrungen gestürzt werden könnte, so müßten sie in den letzten Wochen eingetreten sein, in der schwierigsten Zeit der Versorgung am Ende der ungünstigsten Ernteperiode, die wir seit vielen Jahren hatten.

* **Der Verbrauch von Speisekartoffeln durch die Kartoffelerzeuger.** Das Kriegsernährungsamt macht darauf aufmerksam, daß die Verordnung vom 19. Juni 1916 über die Beschränkung des Kartoffelerzeugers beim Verbrauch von Speisekartoffeln zur Ernährung der Angehörigen seiner Wirtschaft mit dem 31. Juli ihre Geltung verliert. Vom 1. August ab dürfen die Kartoffelerzeuger für sich und ihre Angehörigen Kartoffeln ohne Einschränkung zu Speisezwecken verwenden. Selbstverständlich unterliegt auch dieser Verbrauch nach dem 1. August der Bestimmung, daß die Landwirte nach wie vor verpflichtet sind, den an sie herantretenden Anforderungen der Kommunalverbände auf Lieferung von Speisekartoffeln an Bedarfsverbände nachzukommen.

— **Nicht mehr als 6 Mark.** Nach dem „Berliner Tageblatt" wird das Herzoglich Anhaltische Ernährungsamt nicht über 6 Mark für den Zentner gutausgereifter Kartoffeln zahlen.

— **Die Preisprüfungsstelle Köln hat eine Reihe Schuhgeschäfte revidiert.** Es ergaben sich bei bisher acht Geschäften übermäßige Preisforderungen. Am schlimmsten trieb es das angesehenste Schuhhaus Kölns, die Firma J. van Geldern, mehrfacher Hoflieferant. Schuhe, deren Verkaufspreis früher 18,50 Mark war, wurden in 42 Mark umgezeichnet. Geringere Fabrikate wurden unter entsprechenden Preisaufschlägen in eigenes Erzeugnis umgefälscht. Die Staatsanwaltschaft hat die Schließung des Geschäfts, das auch in anderen Städten Läden unterhält, angeordnet. Auf Anregung unseres Kölner Parteiblattes werden zu den Revisionen demnächst branchekundige Angestellte, die garnisondienstfähig sind, von der Kommandantur zur Verfügung gestellt. Mit dieser Hilfe hoffen die Preisprüfer besser hinter die Schliche der Geschäftsleute zu kommen. Es werden auch die Konfektionshäuser und die Putz- und Modebranche revidiert, da der begründete Verdacht besteht, daß zu billigen Preisen eingekaufte Artikel ganz allgemein willkürlich viel teurer ausgezeichnet worden sind.

— **Die sozialdemokratischen Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirates,** die Genossen Bauer, Ebert, Molkenbuhr und Robert Schmidt, haben dieser Tage beim Kriegsernährungsamt die sofortige Herabsetzung des Kartoffelpreises beantragt.

— **Ein Butter- und Fleischparadies.** Wie wenig hinreichend die jetzige Verteilung der Nahrungsmittel innerhalb des Reichsgebietes ist, tut erneut eine Zuschrift dar, die der bekannte Berliner Theaterkritiker S. Jacobsohn an das „Berliner Tageblatt" gerichtet hat. Darin heißt es:

„Ich hause seit acht Wochen irgendwo in Deutschland zwischen Danzig und dem Westerwald. Als ich bei der Ankunft unseren „Brotkartenabmeldeschein" vorwies, erhielten wir nicht etwa einen Brotkartenanmeldeschein; der wurde für überflüssig erklärt. Wohl aber erhielten wir vom ersten Augenblick bis heute: Brot, Butter, Eier, Fleisch und was sonst zu Hause kaum nach kleinsten Maßen, kaum um schweres Geld, kaum mit der größten Mühe zu erschwingen ist — das erhalten wir ohne Beschränkung, in einer Qualität, die vor dem Kriege selten, für einen Preis, der immer spottbillig zu nennen war. Zum Frühstück und zum dritten Gang kommt auf jeden soviel Butter, wie in der Großstadt die Woche über auf eine mehrköpfige Familie. An den beiden fleischfreien Tagen gibt es nicht einen Eierkuchen, sondern sieben übereinandergelegt, die in reiner Butter — und von welcher Menge! — gebacken sind. Ueberhaupt schwimmen die meisten Gerichte in reiner Butter. Margarine kennt man nicht. Zu Kaffee und Tee braucht man keine Milch, weil an fetter Sahne niemals Mangel ist. Fleischsorten tauchen wieder auf, die sagenhaft geworden waren: auf einen bestimmten Wochentag fällt ein Schweinebraten, der gleich dem köstlichsten Gänsebraten schmeckt; wie davon heruntergefäbelt wird, das erinnert an Homer. Derart werden allein in unserem Gasthof täglich 70 Personen — ernährt? Gemästet! Und in manchem Gasthof manches Nachbarortes 200. Ihnen allen erscheint die Unvernunft dieser Verschwendung so arg, daß sie sich den Uebergang in die Gewohnheiten der Heimat unbedenklich zu erleichtern trachten: sie kaufen eine Weile vor der Abreise Butter auf und lassen sie im Eiskeller des Gasthofs lagern. Es ist klar, daß in der ganzen Gegend, die sonst zur Reisezeit nicht eben überfüllt war, auf Wochen hinaus kein Bett und kein Billard zu haben ist, daß Spekulanten sich über den Wert von gutgeschnittenen Ecken für künftige Hotelbauten unterrichten, und daß man sich verwundert fragt, ob wirklich nicht erreichbar sein sollte, von diesem märchenhaften Ueberfluß ein Teil an die Großstädter abzuleiten.

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß meine Mitteilungen in keiner Weise übertrieben sind."

Es scheint uns dringendste Notwendigkeit, daß solchen paradiesischen Stätten etwas von ihrem Ueberfluß genommen wird, damit an anderen Orten der Mangel nicht mehr gar so schroff in die Erscheinung zu treten braucht.

Danziger Nachrichten

Aus unserer Buchhandlung.

Eingetroffen ist die Broschüre mit der vielerörterten Rede, die Genosse Scheidemann am 20. Juni in Breslau über das Thema: Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg, gehalten hat. Sie kostet ohne Umschlag 10 Pfennig, mit Umschlag 20 Pfennig. Die Erzählung: Als Zwischendeckstemmerd nach Südamerika, die vor einiger Zeit in der Neuen Welt abgedruckt wurde und vielen Beifall fand, ist in Buchform erschienen und kostet 1 Mark. Sehr lesenswert ist eine Arbeit des Genossen C. Kuttner unter dem schlichten Titel: Von dort marschierten sie. Er schildert seine Erfahrungen als Infanterist aus dem Osten in lebendiger Darstellung. Die 64 Seiten starke Schrift kostet nur 50 Pfennig.

Gesangverein Sängergruß.

Eine außerordentliche Generalversammlung findet Mittwoch den 23. August, 8½ Uhr abends, Tischlergasse 49, bei Schönherr statt. Sämtliche Mitglieder werden um ihr Erscheinen ersucht.

Im Wintergarten

begann am 16. August eine neue Spielfolge, die wieder eine gute Zusammenstellung tüchtiger Kunstkräfte verspricht. Im Mittelpunkt der Vorführungen steht der bestens bekannte Meister des Komponisten-Wettstreits, Karl Braun. Er hat sein Wirken auf die Komödie „Bemmchens Eheglück" ausgedehnt, in der er allein 8 verschiedene Personen verkörpert.

Am Sonntag nachmittag findet, wie üblich, die gleiche Vorstellung zu erheblich ermäßigten Preisen statt.

Die Kinderspiele der Freien Turnerschaft

werden auch nach Beendigung der Ferien fortgeführt. An den folgenden Sonntagen finden sie genau so wie bisher statt. Die Treffpunkte sind nicht geändert: Dominikanerplatz, zwischen Altstädtischer Graben und Markthalle, Heumarkt am Kaiserdenkmal und am Neugarter Tor. Dort müssen sich die Kinder so rechtzeitig einfinden, daß um ½9 Uhr vormittags zum Bürgergarten in Schidlitz gegangen werden kann, wo die Spiele pünktlich 9 Uhr vormittags beginnen.

Bei genügender Beteiligung will die rührige Leitung den Spielplan durch Ausflüge usw. erweitern. Für Sonntag, den 27. August ist bereits ein Halbtags-Ausflug geplant. Alles Weitere hierüber wird durch die Volkswacht und im Bürgergarten mitgeteilt werden.

Da wir erfahrungsgemäß einen schönen Nachsommer und Herbst erwarten können, ist das Unternehmen zu begrüßen und ihm starker Zuspruch zu wünschen. Manches Arbeiterkind erhält dadurch die erste Gelegenheit, sich in der Natur zu ergehen und die schöne Umgebung Danzigs kennen zu lernen.

Kaninchen-Ausstellung.

Am 2. und 3. September veranstaltet der Kaninchenzüchterverein Danzig und Umgegend die ihm vom Provinzialverband Westpreußischer Kaninchenzüchter übertragene 13. Verbandsausstellung im Café Götz, Halbe Allee. Kosten und Mühen sind nicht gescheut, um zu zeigen, welchen Wert nicht nur das Kaninchenfleisch, sondern auch das Fell hat. Um die Aushungerungspläne unserer Feinde gegen unsere Frauen und Kinder zuschanden zu machen, müssen wir mehr Fleisch erzeugen. Hierzu eignet sich gerade für den Städter, dem wenig Platz zur Verfügung steht, einzig das Kaninchen. Anspruchslos, schnellwüchsig und fruchtbar, ist es das einzige Haustier, welches ohne Kraftfutter alle sonst wertlosen Unkräuter in Fleisch umsetzt.

Die Ausstellung umfaßt fünf Abteilungen: 1. Rassezuchttiere, 2. Rassejungtiere, 3. Schlachttiere, 4. Felle, Geräte, Produkte und Futtermittel, 5. geschlachtete Tiere zum Verkauf. Damit jeder sich von der Güte und Schmackhaftigkeit des Kaninchenfleisches überzeugen kann, werden Gratisproben, auf verschiedene Arten zubereitet, verabfolgt; auch Kostproben von Leberwurst sind zu haben. Um aber alles zu erreichen, müssen die Provinzvereine recht viel Tiere anmelden. Anmeldebogen sind von den Vereinsvorständen oder von Herrn Jul. Schulz, Danzig-Langfuhr, Posadowskyweg 74, anzufordern. Anmeldeschluß 22. August. Es wird jedem Gelegenheit gegeben, reinrassige Jungtiere mit Beihilfen der Landwirtschaftskammer zu kaufen. Das Eintrittsgeld ist niedrig bemessen.

Die Kämpfe in der Bukowina

und in Wolhynien sowie bei Hindenburgs Armee, die nach wie vor unser lebhaftes Interesse erregen, sind auf den bekannt guten Freytagschen Kriegskarten: Bukowina 1 : 400 000, 40 : 55 Zentimeter, Preis 50 Heller gleich 40 Pfennig, mit Postzusendung 60 Heller gleich 45 Pfennig, Oesterreichisch-Russische und Deutsch-Russische Grenzgebiete 1 : 1 000 000, 80 : 100 Zentimeter, Preis 1,20 Kronen gleich 1 Mark, mit Postzusendung 1,30 Kronen gleich 1,10 Mark, Ostsee-Provinzen Kurland, Livland, Estland 1 : 1 000 000, 70 : 80 Zentimeter, Preis 1,20 Kronen gleich 1 Mark, mit Postzusendung 13,30 Kronen gleich 1,10 Mark, gut zu verfolgen. Zahlreiche Ortsnamen, eine sehr charakteristische, das Verständnis der kriegerischen Vorgänge erleichternde Darstellung des Geländes (das namentlich bei der Freytagschen als der einzigen vorhandenen Karte der Bukowina in großem Maßstabe sehr schön veranschaulicht ist) und eine schöne, in vielfachem Farbendruck gehaltene Ausführung sind besondere Vorzüge der Freytagschen Karten, die gegen Einsendung der Beträge nebst Porto von jeder Buchhandlung wie auch vom Verlage G. Freytag und Berndt, Wien VII., Schottenfeldgasse 62 (Robert Friese, Leipzig, Seeburgstraße 96) zu beziehen sind.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Wintergarten
Tel. 1025 Olivaer Tor 10 Dir. Artur Löwinsohn
Vom 16. bis 31. August: Das größte neue Varieté-Programm
2 Holborns Reitenkünstler — Waldorfs „Ada" „Die lebende Schaukel" — Olitzka Sand- u. Rauchmalerei
8 Personen ! Carl Braun ! 8 Personen
Verwandlungs-Schauspieler in seiner urkomisch Komödie
Bemmchens Eheglück.
8 Personen Allein darstellend! 8 Personen
Hansi Holden
Die beste bayerische Jodlerin
Vom Palast-Theater Berlin
Kreide-Perlerin — Neue Eko-Walzer
4 Renellos 4 — Die „fliegenden Menschen"
! Max Peltini ! Humorist — Mit neuen Vorträgen — Prolongiert
Beginn der Vorstellung: Wochentags 8.15, Sonntags 7.30
Vorverkauf im Kaufhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, und im Theater-Bureau. Telef. 1025. 303

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl.
Julius Goldstein
Binden Handschuhe zu billigsten Preisen.
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Am 16. August wurde nach kurzer Krankheit unsere einzige Tochter
Irmgard
Dies zeigen an in tiefem Schmerze 308
Ang. Zech u. Frau, Danzig-Langfuhr.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend den 19. August, nachm. 3 Uhr, vom Städt. Krematorium, Heilmann-Allee, aus.

Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett
jetzt
beschafft, kauft billiger als während der Saison.
Tran muß das Schuhfett enthalten, wenn es wasserdicht machen soll.
Dr. Gentner's
Schuhfett Tranolin und Universal-Tran-Lederfett
sind erstklassige Schuhfette und können prompt geliefert werden. Ebenso der beliebte nichtabfärbende Del-Wachs-Lederputz Nigrin.
Heerführerplakette.
Fabrikant: Carl Gentner, chem. Fabrik, Göppingen (Württbg.). 305

Nur noch kurze Zeit
Auf dem Karrenwall
Rohweders
Figur 8 Bahn
Das Sensationellste auf dem Gebiete der Hoch- u. Schleifenbahn
Täglich geöffnet 301

Echt gekachelten garant. rein. Schnupftabak offeriert
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakkachelei,
Danzig, Ecke Hätergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

In Freien Stunden Heft 10 Pfennig. Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32

Der wahre Jakob pro Nummer 10 Pfennig Buchhandlung Volkswacht.

APOLLO-THEATER
III. Damm Nr. 3
Eröffnungsspielplan vom 19. bis 22. August 1916
Dämon Eifersucht — Künstl.-Drama in 2 Akten
Gerechtigkeit siegt — Zirkus-Drama in 2 Akten
Ein Roman im Seebade — Reizende Komödie
So was kommt von so was — Lustspiel in 1 Akt
Die Bergbewohner — Drama
Der Krieg i. d. Kinderstube: „Flieger und Luftschiff" — Humor
Ausserdem ein besonders zusammengestelltes Kinder-Programm und Einlagen.
Kinder- und Jugend-Vorstellung Sonnabend um 4 Uhr. Sonntag nachmittag Anfang 3 Uhr.

Arbeitergesangverein „Sängergruß"
Am 20. August veranstaltet der Gesangverein „Sängergruß" ein Sommerfest, bestehend aus
Konzert — Gesangsvorträgen — Verwürfelung
Erstes Auftreten
des
neugegründeten Frauenchors
Anfang 4 Uhr Eintrittspreis 30 Pf.
Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Volkswacht u. im Zigarrengeschäft von C. Sellin zu haben.
Der Vorstand. 306

3. Verbands-Kaninchen- und Erzeugnis-Ausstellung des Verbandes Westpreußischer Kaninchenzüchter
veranstaltet vom K. Z. V. Danzig und Umgebung
vom 1. bis 3. September 1916 304
in Danzig, Café Halbe Allee, Inh. W. Götz.
Staats-, Kammer-, Stadt-, Vereins- und andere Ehrenpreise.
Prüfung nicht öffentlich am 1. September durch die Preisrichter Teber-Posen und Klein-Berlin.
Oeffentliche Vorträge :: Kostproben — Fleischverkauf :: Verkauf von Rasse- u. Jungtieren
Programm mit Anmeldebogen durch die Vereinsvorstände oder Jul. Schulz, Danzig-Langfuhr, Posadowskyweg 74. Inserate für den Katalog sind bei Herrn Brunn, Danzig-Langfuhr, Marienweg 25, anzumelden.
Anmeldeschluß 22. August Alles Weitere ergeben die Plakate.

BORG's Hindenburg-Zigarette
etwas ganz Hervorragendes. 3½ Pfg. überall erhältlich. 283